

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 3302.

Inserte
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Aus der Schweiz.

(Die Maschinenindustrie im Jahre 1902. — Metallarbeiter-Verband.
„Der schlichte Mann aus der Werkstatt“.)

Dem jüngst für das Jahr 1902 erschienenen Jahresbericht der Züricher Handelskammer ist zu entnehmen, daß die Arbeit in den Werkstätten der Elektrizitätsbranche ohne tiefgreifende Einschränkungen aufrecht erhalten werden konnte. Der Umsatz ist zu niedrigeren Verkaufspreisen über den des Vorjahres (1901) noch hinausgegangen. Zur Vervollkommnung der Konstruktionen wurde auf allen Gebieten viel Sorgfalt verwendet. Fast für sämtliche Bestimmungen auf große Zentralanlagen wurden Spezialkonstruktionen nötig. Über auch bei den gewöhnlichen Maschinen konnte der Prozeß der Vervollkommnung in der Richtung der äußersten Ausnutzung des Konstruktionsmaterials nicht eingestellt werden; denn mit der größten Anspannung kommerzieller Mittel auf dem elektrotechnischen Markte gehen ebenso hohe Anforderungen an die Arbeit des Maschinenbauers Hand in Hand, nicht selten unter dem Druck einer starken Tendenz, die technischen Garantien zu verschärfen. Es wurde auch eine größere Zahl von Neuheiten mit Erfolg ausgeführt; besonders erwähnenswert sind die Eisenbahnbelenchtungsmaschinen Stoveschen Systems.

In der Akkumulatorenfabrikation gingen die Verkaufspreise in Übereinstimmung mit der allgemeinen Lage der elektrotechnischen Industrie im Berichtsjahr erheblich zurück. Sie haben heute einen Tiefstand erreicht, welcher nur einer gut fundierten Fabrik mit auf der Höhe der Technik stehenden Einrichtungen und entsprechend großem Umsatz ausreichenden Verdienst übrig läßt. Der Umsatz war befriedigend und nicht unwesentlich höher als in den letzten vergangenen Jahren. Die Rohmaterialien waren während des ganzen Jahres niedrig, neuerdings sind sie jedoch gestiegen. Der Preis von Weichblei in Lindau betrug Ende Dezember 1902 10 1/4 bis 11 Pf. Sterl. und heute stellt er sich auf 12 1/16 Pf. Sterl.

Trotz der vorübergehenden Erschlaffung, welche in der Elektrizitätsbranche teils infolge von Überproduktion, teils infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression sich geltend machte, hat der Verbrauch elektrischer Wärmeapparate auch im Jahre 1902 sich gesteigert und zwar infolge der fortwährend zunehmenden Verwendung der elektrischen Wärme in Fabriken, Gewerbebetrieben, bei den Transportanstalten, in der Land- und Hauswirtschaft. Neue Projekte und der Ausbau größerer Werke lassen erwarten, daß die Nachfrage auf diesem Gebiete auch in der nächsten Zukunft rege bleiben werde. „Leider steht aber der materielle Nutzen der Fabrikanten nicht im Einklang mit der Produktion. Erstens gestaltet sich die Herstellung guter, dauerhafter Apparate ziemlich kostspielig, namentlich wenn es sich um Spezialausführungen handelt; sodann beanspruchen die Werke und Zwischenhändler überall hohe Rabatte, welche durch das gegenseitige Sichunterbieten der Konkurrenten oft den ganzen Verdienst des Konstrukteurs aufzehren. Zudem wissen die Konsumenten in den meisten Fällen keinen Unterschied zu machen zwischen gediegenen, preiswerten Fabrikaten und minderwertigen Erzeugnissen, so daß nicht selten letzteren der Vorzug gegeben wird, wenn eine Gleichstellung der Preise aus Gründen konstruktiver Unterschiede ausgeschlossen bleibt. Solche Enttäuschungen dürfen und werden jedoch die Züricher Industrie nicht abhalten, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und nur erstklassige Apparate auf den Markt zu bringen.“ Die Arbeiterzahl hat neuerdings zugenommen; die Lohnverhältnisse sind sich gleich geblieben.

Das Geschäft in der Dampfmaschinenbranche war noch immer flau und es hielt schwer, für die zahlreiche Arbeiterchaft genügend Beschäftigung aufzutreiben. Dies schloß aber nicht aus, daß sich einzelne Abteilungen mitunter plötzlich wieder mit Arbeit überhäuft haben und ohne Überzeit gar nicht auszukommen vermochten. Wenn dann wieder Mangel eintrat, konnte nur durch zeitweises Verkürzen der täglichen Arbeitsstunden oder der Arbeitswoche der drohenden Notwendigkeit größerer Arbeiterentlassungen vorgebeugt werden. Seit Beginn des Jahres 1903 scheint der Geschäftsgang besser zu werden. Die Arbeiterzahl hat etwas abgenommen. „Das Berichtsjahr liefert nicht nur den Arbeitgebern, sondern namentlich auch der Arbeiterchaft und den Behörden ergiebigen Stoff zum Nachdenken über den schwierigen Stand, den die schweizerische Maschinenindustrie auf dem Weltmarkt bereits hat und noch mehr haben wird, wenn ringsum die Zölle erhöht werden.“ Woran die Arbeiter sehr unschuldig sind. Sollen sie nachdenken und es ist sehr wünschenswert, daß sie es tun, dann aber über die „Gerechtigkeiten“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren fanatische Verteidiger, Träger und Nutznießer die Fabrikanten sind.

Der Lokomotivbau, der in einer einzigen schweizerischen Fabrik, die ihren Sitz in Winterthur hat, betrieben wird, war im Berichtsjahr genügend beschäftigt und konnte sie auch noch schöne Aufträge in das erste Semester des neuen Jahres hinübernehmen. Für das zweite Semester hängt noch alles ab von dem Eingang der Bestellungen der Schweizerischen Bundesbahnen. Im Exportgeschäft ist zur Zeit jeder Erfolg ausgeschlossen wegen der unglaublich billigen Offerten deutscher Fabriken. Zur Illustrierung der in den umliegenden Ländern praktizierten Schutzmaßregeln mag erwähnt werden, daß die Regierung eines Nachbarstaates einer dortigen Eisenbahngesellschaft direkt verboten hat, eine Spezialmaschine bei der zürcherischen Fabrik zu bestellen, obwohl die dortigen Fabrikanten nicht im stande waren, den Auftrag zu übernehmen. Man muß diesen Standpunkt einer Behörde in einem Industrielande, wie Deutschland, das mit seinem bedeutenden Export einen so großen Anteil am Weltmarkt hat, als engherzig bezeichnen. Bei gleicher Engherzigkeit des Auslandes würde der Milliardenexport Deutschlands plötzlich abgebrochen sein und die verheerendsten wirtschaftlichen Folgen herbeiführen.

Als befriedigend werden die Erfolge im Motorenbau bezeichnet. Sowohl hinsichtlich Petrol-, Alkohol- und Gasmotoren mit oder ohne Generatoren, als namentlich auch hinsichtlich größerer Kraftgasanlagen entwickelte sich das Geschäft im In- und Ausland in recht erfreulicher Weise. Für stationäre Kessel und dergleichen liefen einige recht schöne Aufträge ein; doch machte sich in dieser Fabrikationsbranche die wirtschaftliche Depression am meisten geltend. „Die Arbeiterverhältnisse waren auch im vergangenen Jahre gut.“ Das heißt für den Kundigen, „man“ hat das ganze Jahr hindurch ohne Widerstand der Arbeiter ein um das anderemal die Löhne rebuzieren können, weil sie nicht organisiert sind und daher alles sich gefallen lassen müssen und auch gerne gefallen lassen. So erhielten die Aktionäre wie seit Jahren die fette „Kriessdividende“ von 10 Prozent.

In der Webstuhlbranche war das Geschäft während des ganzen Jahres sehr mühsam. Es ging ohne Reduktion der Arbeitszeit, aber „das Betriebsergebnis war so schlecht wie nie zuvor.“ Die Arbeitslöhne bewegten sich immer auf derselben Höhe, „ein Zurückgehen ist natürlich ausgeschlossen; dagegen ist das Verhältnis der Löhne zur Arbeitsleistung abermals schlechter geworden und auf der äußersten Grenze angelangt, die ein solider Geschäftsgang überhaupt noch erlaubt.“ Diese Darstellung ist wie immer sehr einseitig. Wir ergänzen sie dahin, daß in der betreffenden Fabrik die Einrichtungen, Arbeitsmaschinen, Werkzeuge in ihrem verlotterten Zustand das tiefste Niveau, „das ein solider Geschäftsgang überhaupt noch erlaubt“, erreicht haben und sie je eher je besser als altes Eisen verkauft und durch die besten neuesten Maschinen ersetzt werden sollten, dann würde auch die Arbeitsleistung der Arbeiter wieder erhöht werden.

In der Mülereimaschinenbranche ist eine Besserung eingetreten, „welche glücklicherweise nicht nur vorübergehender Natur zu sein scheint. Diese Besserung hat den Fabrikanten wohl wieder Beschäftigung gebracht und dem Arbeiter Verdienst, dem Fabrikanten aber keinen Gewinn.“

Die Fabrik für Eisenbahn- und Tramwagenbau war gut beschäftigt. Auch für das laufende Jahr sind auf viele Monate hinaus Aufträge vorhanden und weitere große Geschäfte stehen dem Abschlusse nahe, so daß für das ganze Jahr genügend Arbeit zu erwarten ist. „Die Arbeitslöhne sind im allgemeinen etwas gestiegen; infolge von allerlei Verbesserungen der maschinellen Einrichtungen hat sich jedoch auch die Arbeitsleistung wesentlich gebessert. Der Umsatz ist auf das Doppelte des vorjährigen gestiegen und die Arbeiterzahl von 230 auf 320 angewachsen. Der Wechsel bei der Arbeiterchaft war unbedeutend, zum Teil wohl wegen der allgemeinen Krise; es dürfte aber auch die Gründung einer Fabrikantene in dieser Beziehung günstig gewirkt haben.“ Wirklich? Welche seltsamen Meinungen doch Unternehmer von den Arbeitern haben.

Mit der Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie, aber vom Standpunkt des Arbeiters aus, befaßt sich auch der eben für das Jahr 1902 erschienene Jahresbericht des in Bern demobilisierten Zentralvorstandes des schweizerischen Metallarbeiterverbandes. Es wird einleitend konstatiert, daß gegen Ende des Berichtsjahres wohl einige Besserung eingetreten ist, daß sie aber nicht allgemein war. „Viele Geschäfte, die wieder zum vollen Betrieb übergingen und wieder Einstellungen von Arbeitern vornahmen, konnten das nur vorübergehend und waren teilweise gezwungen, den Betrieb wieder einzuschränken. Im Frühjahr 1902 war wohl der Tiefstand der Krise erreicht, die Besserung kam, oder kommt, jedoch sehr langsam. Von Lohnsteigerungen ist bis jetzt noch nirgends etwas zu spüren, wohl aber von

Reduktionen noch viel zu hören. Und doch sind die Löhne während der Krise auf ein Niveau gesunken, bei dem von einer auskömmlichen Existenz in den meisten Fällen nicht mehr die Rede sein kann. Wo Lohnsteigerungen oder andere Verbesserungen für die Arbeiter zu verzeichnen sind, dieselben dem Einfluß der Organisation zu verdanken, eine Erscheinung, die zwar jedem Arbeiter längst bekannt sein könnte und sollte, aber doch immer wiederholt werden muß, da der Großteil der Metallarbeiter diese Einsicht noch nicht hat. Anders läßt sich die Indifferenz so vieler, dem Verband nicht angehörender Kollegen nicht erklären.“

Es werden dann die im Berichtsjahr vorgekommenen 4 Streik- und 32 Lohnbewegungen zum Teil näher dargestellt und besprochen. Beachtenswert ist das, was über den Streik bei Escher, Wyß & Cie. in Zürich gesagt wird. Von den beteiligten 1000 Metallarbeitern waren nur 170 organisiert! Die organisierten Metallarbeiter, die übrigen organisierten Arbeiter und der Gewerkschaftsbund leisteten aber trotzdem reichliche Unterstützung, so daß in kurzer Zeit 22555 Fr. aufgebracht wurden. Während des Streiks ließ sich die beteiligte Masse der Unorganisierten in den Metallarbeiter-Verband aufnehmen, aber mehr als die Hälfte derselben tat auch nichts weiteres, zahlte nicht einmal einen Monatsbeitrag und auch von der anderen Hälfte gehören heute nur noch wenige der Organisation an. Die Diebstahler traten ebenfalls aus dem Verband aus und statteten dadurch demselben ihren „Dank“ ab für die in der Zeit der Not geleistete Unterstützung. Eine solche Handlungsweise ist geradezu empörend und kann man mit Recht von den Unorganisierten als „Schmarozern“ reden, die auf Kosten der Organisierten, welche Opfer bringen und allseitig ihre Pflichten erfüllen, sich Vorteile zu verschaffen suchen. Mit solchen „Kollegen“ ist das große Werk der Organisation freilich schwer vorwärts zu bringen.

In Arbon am Bodensee haben die Feilenhauer durch vierwöchigen Streik die Reduktion der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden und einen minimalen Taglohn von 5,30 Fr. nebst anderweitigen Verbesserungen errungen. Durch Lohnbewegungen haben an verschiedenen Orten die Spengler schätzbare Errungenschaften erzielt. So erreichten sie in Chaux-de-Fonds einen minimalen Stundenlohn von 48 Cts. und Freigabe des 1. Mai, in Bern eine Erhöhung von 42 auf 46 Cts., in Gené 55 Cts. für die Bau- und 58 Cts. für die Fabrikspengler u. s. w. Der Zentralvorstand würdigt die Vorteile der bloßen Lohnbewegung und erklärt den Streik als den letzten Ausweg. „Demgemäß hat der Zentralvorstand bisher gehandelt und wird auch dieselbe Taktik in Zukunft beobachten.“ Es werden dann die Mitglieder aufgefordert, es wegen Übertretungen des Fabrikgesetzes u. d. ähnlichen Mißständen nicht zum Konflikt mit dem Unternehmer kommen zu lassen, sondern sich an den Fabrikinspektor direkt oder an den Zentralvorstand zu wenden.

Die Erhöhung der Mitgliederbeiträge zwecks Einführung der Arbeitslosenunterstützung und unentgeltlicher Lieferung der schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung an die Mitglieder hat eine ganze Anzahl von Sektionen zum Austritt aus dem Verband veranlaßt; so daß auf diese Weise 720 Mitglieder verloren gingen. Durch die Gründung neuer und die Vermehrung der Mitgliederzahl der treugebliebenen Sektionen konnte aber jener Verlust bis auf 153 wieder ausgeglichen werden, so daß der Verband Ende 1902 an 23 Orten 76 Sektionen mit 3757 Mitgliedern hatte. Angesichts solcher unerfreulicher Erscheinungen in den Reihen der schweizerischen Metallarbeiter muß man mit der deutschen Arbeitermarkeilasse sagen:

Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns unlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht!

Die Einnahmen des Verbandes im Jahre 1902 betragen 32594,35, die Ausgaben 25127,66, der Vermögensbestand Ende des Berichtsjahres 19206,09 Fr. Von den Ausgaben seien erwähnt: 5767 Fr. an den schweizerischen Gewerkschaftsbund, 1598,40 Fr. Reiseunterstützung (an 2590 Kollegen gegen 2906 im Jahre 1901, 2207 im Jahre 1900 und 1235 im Jahre 1998), 1300,61 Fr. Bureauauslagen, 1783,20 Fr. außergewöhnliche Unterstützung, 1455,50 Fr. Agitation und Delegation, 1943,30 Fr. Streik- und Maßregelung, 7305,60 Fr. Druckkosten, 3200,85 Fr. Verwaltung, 767,20 Fr. Rechtschutz. Möge der Verband im laufenden Jahre die so überaus wünschenswerten Fortschritte machen. In Uzwil (Kanton St. Gallen) ist die Probe aufs Exempel mit dem „schlichten Mann aus der Werkstatt“ gemacht worden. Anlässlich der im Frühjahr stattgefundenen Kantonsrats-(Landtags-)Wahlen kam es in Uzwil, wo zwei Maschinenfabriken sind, zu einer friedlichen Verständigung der Parteien mit der proportionalen Verteilung der gegebenen Stimm. Dabei wurde auch unser Kollege und Genosse Kälin, der seit circa zwei Jahrzehnten in der Maschinen-

fabrik der Gebrüder Bühler als Gießer tätig war, als Vertreter der Arbeiterpartei gewählt, gleichzeitig mit ihm auch einer seiner Chefs als liberaler Vertreter. Kaum, daß Kälin einige Sitzungen besucht hatte, wurde ihm gekündigt mit dem ausdrücklichen Hinweis auf seine Eigenschaft als Kantonsrat, die nicht mit derjenigen eines Arbeiters bei den Herren Gebrüder Bühler vereinbar sei. Und das in der Demokratie mit der vollen politischen Gleichberechtigung aller Bürger! Unterschiedslos verurteilte die Presse aller Parteien mit wenigen Ausnahmen diese elende Maßregelung, die eine blutige Verhöhnung jeder Demokratie ist; liberale Parteiführer, denen der Vorgang im Hinblick auf das Volkswort unbedeutend war, intervenierten bei den Gebrüder Bühler, aber alles blieb vergebens. Die Maßregelung wurde aufrechterhalten. Kälin hat nun Stelle in der Administration des demokratischen St. Galler Stadt-Anzeiger erhalten, damit hat er aber auch aufgehört, „der schlichte Mann aus der Werkstatt“ zu sein. Das wird die Gegner aber nicht hindern — wie es besonders in Deutschland während der letzten Wahlbewegung schwindelhafter Weise von allen bürgerlichen Parteien getan wurde —, der sozialdemokratischen Partei vorzumerfen, daß ihre Vertreter in den Behörden „keine Arbeiter“, sondern Wirte, „Zigarrenfabrikanten“, Redakteure, Expedienten etc. sind, was die gemäßigten Arbeiter doch nirgends bringen werden müssen, wenn sie nicht verhungern wollen. Der Uzwiler Vorgang lehrt auch, wie unzulänglich die politische ohne die wirtschaftliche Freiheit, die Demokratie ohne die Sozialdemokratie ist.

Im übrigen lehrt die Praxis, daß vom Standpunkt der energischen Vertretung der Arbeiterinteressen aus der „schlichte Mann aus der Werkstatt“ wegen seiner drückenden Abhängigkeit vom „Brotgeber“ durchaus kein idealer Arbeitervertreter ist. Er spielt entweder jahrelang in den Behörden den „großen Schweiger“, ohne darum ein Wort zu sagen, oder er redet gleichgültige Sachen, die vielleicht ein linksstehender Bürgerlicher viel besser macht. Der Arbeitervertreter muß ein unabhängiger Mann sein, der mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit die Arbeiterinteressen vertreten kann. Nur dann können Arbeitervertreter das erworbenes Vertrauen der Arbeiter behalten und weiter das Vertrauen der noch fernstehenden und indifferenten Arbeiter gewinnen.

Was ist ein Unfall.

(Nachdruck verboten.)

Eine ganze Reihe von Vorfragen kommen in Betracht bei der Beurteilung eines Unfalls, ob derselbe im Sinne der Unfallversicherungsgesetze die Entschädigung des Verunglückten oder seiner Angehörigen durch eine Berufsgenossenschaft begründet. Fast jeder Satz dieser Gesetzgebung, in manchen Sätzen nahezu jedes Wort, hat im Laufe der Zeit durch Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes eine bestimmte Auslegung erhalten. Diese Entscheidungen treffen durchaus nicht immer das Richtige, ja, sie haben sich mitunter widersprochen. Da sie aber doch im großen und ganzen die Grundlagen für die weitere Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes, der Schiedsgerichte und auch der Landesversicherungsämter bilden, so können wir an ihnen so wenig wie an den Gesetzen selbst vorbeigehen. Und da ist es vor allem eine Frage, die Frage, die fast bei jedem Streitfall zur Erörterung gelangt und mit der die Unfallversicherungsgesetzgebung steht und fällt, die Frage: Was ist ein Unfall?

Die Unfallversicherungsgesetze selbst geben keine nähere Begriffsbestimmung des Wortes „Unfall“. Die Merkmale mußten daher der Absicht des Gesetzgebers und dem allgemeinen Sprachgebrauch entnommen werden. Das meint auch das Reichsversicherungsamt. In Wirklichkeit kommen wir aber auch damit auf nichts anderes hinaus als auf die Ansichten derselben Behörde. Denn was das Volk, insbesondere derjenige Teil des Volkes, der von diesem Gesetz getroffen werden kann, als Sprachgebrauch auffaßt, ist ganz natürlich etwas wesentlich anderes als die Auffassung der im Reichsversicherungsamt sitzenden Juristen und hohen Verwaltungsbeamten. Und was als Absicht des Gesetzgebers auf demselben Wege zu uns kommt, ist, da sie ja im Gesetz selbst nicht ausgesprochen ist, auch nichts anderes als Auslegung. Aber es bleibt uns eben nichts anderes übrig als — der Not gehorchend — die Auffassung des Reichsversicherungsamtes in Bezug auf Sprachgebrauch und Absicht des Gesetzgebers hinzunehmen.

Voraussetzung ist danach einmal, daß der Betroffene, sei es durch äußere Verletzung, sei es durch organische Erkrankung, eine Schädigung seiner geistigen oder körperlichen Gesundheit — Körperverletzung oder Tod — erleidet, und sodann, daß diese Schädigung auf ein plötzliches, das heißt zeitlich bestimmtes, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingetretenes Ereignis zurückzuführen ist. Dagegen ist nebensächlich, daß die Folgen dieses Ereignisses — Körperverletzung oder Tod — möglicherweise erst allmählich hervortreten. Die Frage, ob eine plötzliche oder allmähliche Einwirkung statgefunden hat, ist unter Umständen schwer zu beantworten, weil, wie das Reichsversicherungsamt selbst zugibt, die Begriffe „plötzlich“ und „allmählich“ an der Grenze an einander übergehen. Hingegen ist durchaus nicht notwendig, daß außer der Schädigung des Betroffenen noch eine besondere Störung des Betriebs eingetreten sein müsse.

In Konsequenz seiner Auffassung nimmt das Reichsversicherungsamt an, daß die sogenannten Gewerbekrankheiten nicht als Unfälle anzusehen seien. Das Amt definiert die Gewerbekrankheiten dahin, daß sie das Endergebnis einer längeren Zeit andauernden, der Gesundheit nachteiligen Betriebsweise bei bestimmter Gewerbeart seien.

Will man schon der überaus engen Definition des Reichsversicherungsamtes folgen, so vermißt man auch noch mitunter die Konsequenz derselben, indem das Amt zu den Gewerbekrankheiten rechnet, was sehr wohl als Folge zeitlich bestimmter begrenzter Ereignisse anzusehen ist. So hat das

Reichsversicherungsamt die Schwerhörigkeit, die nach Sprengarbeiten in Steinbrüchen und Bergwerken bei den dabei beschäftigten Arbeitern auftritt, nicht als Unfall, sondern als Gewerbekrankheit angesehen, wenn diese Arbeiter regelmäßig oder häufiger mit solchen Sprengungen betraut sind, indem es annimmt, daß in solchen Fällen die Schwerhörigkeit nicht auf einmal, sondern nur als Folge der fortgesetzten Detonationen auftritt.

Zu den Gewerbekrankheiten rechnet so auch das Reichsversicherungsamt die Phosphornekrose der in Rindholzfabriken, den Tremor mercurialis der in Quecksilber-Spiegelbeleganstalten, wie die Bleivergiftung der in Bleibütten und dergleichen beschäftigten Arbeiter. Auch Lungenkrankheiten infolge Einatmens von Asbest oder phosphorhaltigem Thonstaubstaub sieht das Amt nicht als Folgen von Unfällen an.

Dagegen hat es Gesundheitschädigungen, welche unmittelbar und erkennbar als Folge einer zeitlich bestimmten, plötzlichen Einwirkung von giftigen oder sonst schädlichen Stoffen auftraten, als zu entschädigende Unfälle angesehen, zum Beispiel die Zerstörung der Lungengewebe eines Arbeiters durch Einatmen von plötzlich austretenden Chlorgasen, Blutvergiftung infolge des Eindringens von Phosphor in eine vorhandene Wunde, sowie Übertragung von Milzbrand auf Arbeiter in Koffhaarspinnereien bei Bearbeitung von Haaren kranker Tiere.

Auf eine Stufe mit den Gewerbekrankheiten stellt die Sprachpraxis des Reichsversicherungsamtes die schädlichen Folgen von ungesunden Betriebsstätten. So hat das Reichsversicherungsamt bei einem Augenleiden, welches durch andauernde große Hitze im Arbeitsraum allmählich hervorgerufen ist, — bei Gehirnverweichung infolge jahrelanger Beschäftigung des Betreffenden am Schmelzofen, — bei Gesichtslähmung infolge heftigen Zuges bei einem Brückenbau das Vorliegen eines Unfalls verneint, ja, sogar bei Erkrankung eines Bergmanns, die dadurch entstanden war, daß derselbe in der Grube bei ungünstigen, durch einen plötzlichen Wasserdurchbruch hervorgerufenen Wasserhältnissen arbeiten mußte.

Als Betriebsstellen werden auch im Freien gelegene Arbeitsstellen angesehen und demgemäß erachtet das Reichsversicherungsamt Hitzschlag (Sonnenstich), Erkältung und ähnliche Folgen ungünstiger Witterungsverhältnisse in der Regel nur als Folgen ungesunder Betriebsarten und Betriebsstätten. Nur wenn durch weitere außerordentliche Momente die sonst vorhandenen Temperaturwirkungen noch in besonderem Maße erhöht wurden und die plötzlichen Einwirkungen derselben, wenn auch nicht ganz genau, so doch ungefähr als ausreichend zeitlich begrenzt angesehen werden können, sind derartige Folgen als Unfälle anzusehen. So ist ein Unfall angenommen worden bei einem Maurer, der beim Mauern in brennender Sommerhitze, welche durch die vom Mauerwerk zurückgeworfenen Sonnenstrahlen noch erhöht ward, durch Hitzschlag (Sonnenstich) getötet wurde, — bei einem in tiefer Grube an besonders heißen Tage arbeitenden Erdarbeiter unter Berücksichtigung des Umstandes, daß wegen der Tiefe und verhältnismäßigen Enge der Grube der Luftzutritt als ungenügend angesehen werden durfte, — bei einem Müller, welcher durch plötzlich eintretendes Hochwasser gezwungen war, zur Befreiung desselben und zur Bergung des Mahlguts mehrere Stunden in fußhohem, eiskaltem Wasser zu arbeiten, und sich hierdurch eine Erkältung zuzog, an deren Folgen er starb, — wie einem Fuhrmann, der unterwegs eingeschlafen war und sich dabei infolge der außergewöhnlichen Kälte die Füße erfroren hatte.

Auch allmählich bei der Betriebsarbeit und unter deren Einfluß entstehende äußere Verletzungen werden nicht als Unfälle angesehen. Bei einem Tagelöhner zum Beispiel, welcher durch die wochenlange Handhabung der Schaufel sich an den Händen Schwielen zugezogen hatte, war aus unaufgeklärten Gründen — daß ein Splitter oder anderer Fremdkörper eingedrungen wäre, konnte nicht festgestellt werden — der schwielige Teil der Hand in Entzündung geraten und schließlich steif geworden. Das Amt hat das Vorliegen eines Unfalls bestritten. Dagegen ist ein Unfall anerkannt worden bei einem Maurer, der mit einem für seine Kräfte zu schweren Zweipiß besonders harte Granitblöcke zu behauen hatte und nach einem sehr heftigen Schlage einen plötzlichen Schmerz in den inneren Weichteilen der Hand fühlte, die an derselben Stelle demnächst anschwellen und verübertete.

Ebenso wenig begründen die allmähliche Verschlechterung krankhafter Anlagen sowie die Abnutzung der körperlichen Kräfte den Anspruch auf Unfallrente, selbst wenn eine in der Folge solcher körperlicher Verfassung liegende Katastrophe während der Betriebsstätigkeit eintritt. Hier ein Beispiel aus der Sprachpraxis: Ein Steinbrucharbeiter wurde beim Heben einer Steinplatte vom Blausitz fallen und starb kurz darauf. Es wurde festgestellt, daß derselbe bereits an Tuberkulose gelitten hatte. Nach Ansicht des Reichsversicherungsamtes war dieses Leiden bereits in hohem Maße fortgeschritten gewesen, die Steinplatte auch nicht ungewöhnlich schwer, der Beschäftigung überhaupt kein schädigender Einfluß auf den körperlichen Zustand des Arbeiters zuzuschreiben gewesen; das Kreisgericht nahm daher an, daß der Blausitz wohl bei Gelegenheit des Betriebs erfolgt sei, aber in keinem ursächlichen Zusammenhang mit demselben stehe, somit das Vorliegen eines Unfalls überhaupt zu verneinen sei. In gleicher Weise entschied das Amt im Falle eines Arbeiters, der an einem Herzfehler litt und beim Ziehen einer nach Ansicht des Amtes nicht übermäßig schweren Last plötzlich starb.*

* Bis zu einem gewissen Grade gehört hierher auch die Sprachpraxis des Reichsversicherungsamtes in Bezug auf die Brüche. In dieser Beziehung ist die Zahl der Entscheidungen aber so groß geworden und dieselben haben zu so mannigfachen Erörterungen geführt, daß schon in Rücksicht auf die vorhandene Literatur eine Erörterung an dieser Stelle nicht gut möglich ist, wenn sie nicht zu länglichen Ausfällen soll. Es findet sich wohl einmal Gelegenheit, die Frage im Zusammenhang zu behandeln.

Wenn indes solche krankhafte Anlagen oder wirkliche Leiden infolge eines sich als Unfall charakterisierenden Ereignisses sich verschlimmern, so wird damit die Grundlage für einen Rentenanspruch gegeben. Th. S.

Englischer und internationaler Gewerkschaftstag.

Im Rathaus zu Dublin wurde am 9. und 10. Juli der Kongress der in der Britischen General-Federation of Trades Unions vereinigten Gewerkschaften abgehalten. Dem Bund gehören 79 Organisationen mit 421824 Mitgliedern an — es stehen also mehrere große Verbände, so der der Bergleute mit 350000 Mitgliedern außerhalb der Federation. Der Grund ist unter anderem mit darin zu suchen, daß die gesamten Gewerkschaften Englands im Trades Unions-Kongress und dem von ihm gewählten Komitee schon eine lose Verbindung hatten, ehe die Federation gegründet wurde. Sie trat ins Leben, als sich bei dem Streit der Maschinenbauer zeigte, daß auch die stärkste Organisation einem geschlossenen Angriff der Unternehmer nicht allein Widerstand zu leisten vermochte. Die Federation stellt eine Organisation für Streikversicherung dar. Die angeschlossenen Organisationen zahlen pro Mitglied einen festen Beitrag an die Kasse der Federation. Sie erhalten bei Streiks und Aussperrungen Unterstützung aus der Kasse der Federation, insofern in der Regel nur dann, wenn mehr als 10 Prozent der Mitglieder der einzelnen Trades Unions in Betracht kommen, und wenn der Streik länger als acht Wochen dauert; diese Frist wurde durch den jetzigen Kongress auf zwölf Wochen verlängert.

Der Vorsitzende, Pete Curran, begann seine Eröffnungsrede mit der Versicherung, daß der Kongress ein reiner Gewerkschaftskongress sei und keiner politischen Partei diene. Dann, anknüpfend an den Umstand, daß der Kongress in der Hauptstadt Irlands tagte, erklärte er, daß die englischen Arbeiter eine industrielle Entwicklung Irlands begrüßen würden. Sie würden daher jede Gesetzgebung fördern, die die landwirtschaftlichen und so mittelbar auch die industriellen Hilfsquellen Irlands erschließe. Adams begrüßte er die Gäste und sagte:

Wir haben heute Vertreter von Italien, Holland, Deutschland, Österreich, Frankreich, Dänemark und Norwegen unter uns, und ich denke, es würde mir sehr übel genommen, wenn ich die Gelegenheit vorübergehen ließe, ohne besonders des großen Triumphes zu gedenken, den unsere Kameraden in Deutschland bei den letzten Wahlen gefeiert. (Beifall.) Unser Freund Legien, der dem Kongress beizuhohet, ist einer der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages. (Beifall.) Schon bei den vorletzten Wahlen im Jahre 1898 war seine Partei auf 67 Mitglieder angewachsen, nun ist sie auf 81 Mitglieder hinaufgeschwollen. (Lebhafter Beifall.) Es war ähnlich wie in Irland: Je mehr man den Druck auf die deutschen Arbeiter steigerte, desto enger schlossen sie sich zusammen, vervollkommneten ihre Organisation und jenseiten ihre Männer als Repräsentanten in den deutschen Reichstag. (Stürmischer Beifall.)

Von besonderer Bedeutung ist dann die folgende Stelle der Rede, worin Stellung zu den Chamberlainschen Zollbündnisplänen genommen wird, Curran führte aus:

Wir, die wir auf dem Kongress versammelt sind, unterstützen und verteidigen, soweit als möglich, den freien und freistellen Austausch der Bedarfsartikel zwischen den Ländern der Welt. Es ist in jüngster Zeit viel gesprochen worden über die Verbesserung der Löhne durch Schaffung von Vorzugszöllen zwischen England und seinen Kolonien. Ich bin überzeugt, daß sich kein englischer Arbeiter verletzen lassen zu dem Glauben, daß auch die Löhne steigen werden, wenn die Profite der Unternehmer steigen. (Gürt! hört!) Es folge nicht immer, daß, wo die Profite und Dividenden steigen, die Löhne höher werden. Ich kenne einige der profitreichsten Firmen in England, die die niedrigsten Löhne zahlen. (Gürt! hört!) Natürlich wird uns gesagt, der Schutz Zoll wäre nur eine Form der Wiedervergeltung gegen Deutschland und Amerika und andere Länder für ihre Zolltarife. Aber zwei Schwärze machen nie einen Weißen. Ich glaube, daß die Arbeiter aller Länder sich vereinigen werden, um die bestehenden Zollschranken niederzureißen, statt neue zu errichten. Auf den Vorreden folgten mit Begrüßungsreden der Bürgermeister Dublins, der über die irische Landbill sprach, und von einer Lösung der Landfrage auch ein Ausblick der irischen Industrie erhofft, sowie das irische Parlamentsmitglied Mr. Stannetti, der die Organisation als die beste Waffe der Arbeiter feierte und die Einführung des Schutzollsystems für das größte Unglück erklärte, das Irland treffen könne.

Dann nahm für die ausländischen Delegierten Genosse Reichstagsabgeordneter Legien, der Vertreter der Generalcommission der deutschen Gewerkschaften, das Wort. Er führte aus:

Ich wurde aufgefordert, im Namen aller kontinentalen Vertreter zu sprechen und nicht nur im Namen der am Kongress vertretenen Länder — Deutschland, Italien, Österreich, Frankreich, Holland, Dänemark und Norwegen —, sondern auch im Namen der anderen Länder, die nicht direkt vertreten sind: der Schweiz, Spaniens, Schwedens und Australiens. Auf dem Kontinent ist es unser Wunsch, die Gewerkschaftsbewegung mit der sozialdemokratischen Bewegung zu verbinden. Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaftsbewegung allein nicht die Macht hat und gar nicht in der Lage ist, die Fragen und Probleme zu lösen, die vor den Arbeitern stehen. Was wir zu erlangen haben, ist nicht nur, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Lage der Arbeiter direkt zu verbessern, sondern das große Problem ist, die Arbeiter von der Herrschaft des Kapitals zu befreien. (Lebhafter Beifall.) Wenn die britischen Arbeiter das Problem, das vor ihnen steht lösen wollen, so dürfen sie sich nicht begnügen, ihre Aufmerksamkeit der ökonomischen Seite des Kampfes zuzuwenden, sondern der politischen Seite dieselbe Beachtung schenken. Sie haben nicht nur höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit anzustreben, sie haben auch zu erobern die politische Macht des Landes. (Beifall.) In Deutschland sind wir schon ein gutes Stück Weg dahin. Die letzten Wahlen haben unsere Position derart gestärkt, daß die Regierung mit uns rechnen muß. Wir wünschen den englischen Brüdern, daß sie auf politischem Gebiet bald ebensolche Erfolge erzielen mögen, wie auf dem gewerkschaftlichen. (Lebhafter Beifall.)

Der schriftliche Bericht des Komitees befaßte sich in ausführlicher Weise mit der bekannten Gerichtsentscheidung, wodurch die Trades Unions mit ihren Kassen für die Handlungen ihrer Beamten verantwortlich gemacht wurden. Über das weitere Verhalten der Trades Unions in dieser Streiffrage gehen die Meinungen sehr auseinander; während einerseits verlangt wird, jede Verantwortung abzulehnen und den früheren Zustand wieder anzustreben, sieht ein anderer Teil der leitenden Personen auf dem Standpunkt, die Verantwortung für die Handlungen der Beamten zu übernehmen, wenn sie sich im Rahmen der Statuten gehalten haben und wenn die Handlungen (dieses ist die Meinung einer dritten Gruppe) von der Leitung der Organisation beschlossen wurden. Die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Am Schluß der Diskussion nahm der Kongress mit 30 gegen 24 Stimmen den Vorschlag des Komitees an, daß die Unions die Verantwortung für solche Handlungen ihrer Beamten übernehmen, die in Übereinstimmung mit den Statuten der Organisation sind.

Der Finanzbericht umfaßt nur neun Monate, da der diesjährige Kongress zeitiger stattfand als die früheren. Die Einnahmen in diesen neun Monaten betragen 23874 Pfd. Sterl. Das Fund Sterling ist etwas mehr als 20 Mr., die Ausgaben 12591 Pfd. Sterl. Der jetzige Vermögensstand der Federation beträgt 78295 Pfd. Sterl. Von den Ausgaben entfielen 11529 Pfd. Sterl. auf die Unterstützung der einzelnen Gewerkschaften bei Streiks und Aussperrungen. Abgesehen von der oben angeführten Stellungnahme zur neueren Art der Rechtsprechung, hatte sich der Kongress nur mit geschäftlichen Angelegenheiten, mit der Entgegennahme von Berichten, der Änderung der Statuten und der Neuwahl der Beamten zu be-

schäftigen. Zum Vorsitzenden wurde Curran, zum Sekretär Mitchell wiedergewählt; auch die anderen Mitglieder des alten Komitees bleiben auf ihrem Posten. Als Ort des nächsten Kongresses wurde Bristol bestimmt.

An den Kongress schloß sich eine internationale Konferenz der Gewerkschaftssekretäre. Dazu hatten Deutschland Legien und Sassenbach, Österreich Hueber, Italien Galerini, Dänemark Olsen, Holland Van Erkel und Ammerlaan, Frankreich Duwet und Griffuelles, Norwegen Peterfen entsendet, und von England waren erschienen Curran, D. Grady Mitchell, Barnes und Ben Sillel.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Änderung und Ergänzung des Regulativs über die Zulassung der Länder zu den Konferenzen beraten. Die Franzosen wünschten, daß die Bestimmungen über die Zulassung zu den Konferenzen dahin erweitert werde, daß ohne Rücksicht darauf, ob in einem Land eine Reichsgewerkschaftskommission bestünde oder nicht, die Zulassung erfolgen möge. Auch soll es gestattet sein, ein Mandat einem anderen Lande zur Stellvertretung zu übertragen. Nach längerer Debatte, an der sich die Vertreter von Österreich, Deutschland und England beteiligten, wurde dieser Antrag der Franzosen abgelehnt.

Die internationale Verbindung erhält einen realen Ausdruck in der Einsetzung eines internationalen Sekretärs, dessen Sitz in Deutschland ist. In dieser Hinsicht beschloß die Konferenz: Die internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre ernannt einen internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, der die Verbindung zwischen den Landeszentralen aufrecht zu erhalten, die jährlichen Berichte der Landessekretäre zu bearbeiten und den einzelnen Landeszentralen in den offiziellen Sprachen (englisch, französisch, deutsch) zugänglich zu machen hat.

Auf Ersuchen einer Landeszentrale hat der internationale Sekretär ein Gesuch um Unterstützung bei größeren Kämpfen den sämtlichen Landeszentralen zuzustellen.

Die Landeszentrale, welche ein solches Gesuch um Unterstützung einreicht, hat diesem einen Bericht beizufügen, in welchem angegeben sein muß:

1. wieviel Streikende oder Ausgesperrte vorhanden sind;
2. wieviel Arbeiter im Lande von den in der Industrie Beschäftigten organisiert sind;
3. welche Unterstützungsmittel im eigenen Lande aufgebracht werden;
4. bei größeren Streiks und Aussperrungen ist den Landessekretären wöchentlich Bericht über die Lage zu senden.

Über die Gewährung von Unterstützung entscheiden die einzelnen Landeszentralen.

Die Unterstützungsbeträge sind direkt an die um Unterstützung nachsuchende Landeszentrale zu senden, doch ist diese verpflichtet, dem internationalen Sekretär einen Bericht über die Gesamtausgaben für den Kampf und über die Beitragsleistung der einzelnen Länder einzufolieren. Diese Angaben sind in den Bericht, welcher der internationalen Konferenz der Landessekretäre vorzulegen ist, mit aufzunehmen.

Dieser Antrag wurde von den Schweizern schriftlich damit begründet, daß die wöchentliche Berichterstattung deshalb erfolgen müsse, um den lägenhaftesten Berichten der bürgerlichen Presse einheitlich entgegenzutreten zu können.

Zur Deckung der Kosten wurde beschlossen, daß sämtliche dem internationalen Sekretariat angehörenden Länder für 1000 Mitglieder und Jahr 50 Pf. an das internationale Sekretariat abzuführen haben. Mit den Geschäften des internationalen Sekretariats wurde Genosse Legien (Berlin) betraut.

Dem Sekretariat sollen jährliche Situationsberichte aus den einzelnen Ländern zugehen. Der betreffende Beschluß lautet: In Anerkennung dessen, daß ein festes Einheitsband zwischen den nationalen Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Länder nötig ist und daß ein solches durch eine genaue Kenntnis der Fortschritte der Bewegung in den einzelnen Ländern am besten gefördert werden kann, kommen die auf dieser Konferenz vertretenen Organisationen dahin überein, einmal im Jahre dem Sekretariat der Konferenz einen Bericht über die Bewegung in ihren Ländern einzufolieren. Diese Berichte haben sich auf die Angaben von Tatsachen zu beschränken. Das Sekretariat der Konferenz hat diese Berichte drucken zu lassen und versendet zwei Abzüge davon an jede Delegation.

Die Konferenzen werden statt alljährlich alle zwei Jahre abgehalten. Zeit und Ort der nächsten internationalen Konferenz wird von der jeweilig tagenden Konferenz bestimmt. Die nächste Konferenz findet in Holland statt.

Die Beschlüsse der Konferenz bedeuten einen weiteren, bedeutsamen Schritt zur internationalen Organisation der Gewerkschaften, zur Verwirklichung des Marsches von Lenin: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ Mögen sie die erhofften Früchte tragen, mögen sie die mächtig aufblühende Gewerkschaftsbewegung befruchten und stärken!

Über die Arbeitsverhältnisse in der Schlossbranche.

Zimmer mehr macht sich unter den Arbeitern der Metallindustrie das Bestreben bemerkbar, mit veralteten Sitten und Mißständen in ihren Arbeitsverhältnissen aufzuräumen, und das mit vielem Erfolg. Auch die Arbeiter der Schlossbranche haben alle Ursache, sich hieran ein Beispiel zu nehmen. Ist doch gerade dieser Beruf einer derjenigen, in dem für die darin beschäftigten Arbeiter noch die elendigsten Arbeitsbedingungen bestehen, sowohl in den Fabriken wie bei den Heimarbeitern.

Es wird durchwegs nur im Auftrage gearbeitet. Hieran liegt es nun auch, daß unter den Fabrikanten die schändlichsten Preisstreiberien an der Tagesordnung sind. Der kleinste Krantauer sucht seine Ware ebenso billig abzusetzen wie der Großfabrikant, es läßt eben keiner eine Bestellung durchgehen. Dies ist aber in der Schlossbranche bei geübter Geschäftspraxis unmöglich, weil die Verarbeitung der verschiedenen Schlossartikel zu sehr von den Einrichtungen abhängt. Daß nun größere Fabriken an erster Stelle darauf bedacht sind, sich die technischen Verbesserungen zu nutz zu machen, ist logisch. Deutlich ist dies zu konstatieren in Welsch, wo die Schlossindustrie heimisch ist; dort kosten Schloßherren heute nicht einmal mehr die Hälfte an Arbeitslohn wie vor Jahren.

In der Art der Branche liegt es nun, daß Kleinfabrikanten hiermit nicht gleichen Schritt halten können, aber trotzdem bringen sie es fertig, mit Großfabrikanten zu konkurrieren. Dies kann jedoch nur fertig gebracht werden auf Kosten der Arbeitslöhne. Ein Beweis dafür ist, daß in der Regel in den kleineren Betrieben die Löhne bedeutend geringer sind als in den größeren. Drauf ist hierfür der Anspruch eines Fabrikanten in Welsch. Nachdem ein Arbeiter wegen geringem Verdienst Rücksprache mit diesem Fabrikanten genommen hatte, bekam er zur Antwort: „Das kann mir gleichgültig sein, ob Sie etwas verdienen; ich muß verdienen!“ Und er verdient auch, denn gerade in diesem Betriebe sind die Löhne schauerlich gering. Löhne von 12 bis 15 Mk. wöchentlich sind dort keine Seltenheit.

Auch der Streik bei Demrath & Pläher hat gar deutlich gezeigt, wie ein Fabrikant mit Argusaugen über die Preise der Konkurrenz wacht; ist doch dieser Kampf nur deshalb entbrannt, weil, nach persönlicher Auslage des Inhabers dieser Firma, eine andere Firma für die streitigen Artikel einen geringeren Preis zahlte als sie selbst. Die Einrichtungen bei Demrath & Pläher reichen aber bei weitem nicht an die des fraglichen Geschäftes heran.

Tann ist es in der ganzen Branche üblich, daß der Arbeiter kein ganzes Werkzeug auf eigene Kosten anschaffen muß, als da sind: Feilen, Licht, in vielen Fabriken sogar Bindfäden zum Anbinden der Schlüssel. Et zum Schmieren der Feilen, Schmirgel, Leinwand, was zum Feilen der Schlüssel notwendig ist. Daß dies ein ganz übliches Summen-Geld ausmacht, wird wohl jedem einleuchten. Verwunderlich ist nur, daß dies die Arbeiter jahraus jahrein ohne Murren mitmachen. Dieselben glauben eben, das müßte

so sein, weil es jahrzehntelang so gewesen ist! Sie sind mit der Zeit bei all diesen Mißständen abgestumpft.

Am meisten fällt dies in Welsch auf. Eine Stadt, in der durchwegs nur Schloßherren fabriziert werden, müßte doch eine starke Organisation unter den Arbeitern aufzuweisen haben, sie müßte den Metallarbeiter-Verband zählen. Aber weit gefehlt! Der deutsche Metallarbeiter-Verband plagt sich dort seit Jahren mit einigen Hundert Mitgliedern herum, ohne recht vorwärts zu kommen. Die große Masse verhält sich indifferent, sie verwendet ihr fauer verdientes Geld lieber an sonstige Vereinsmeherei, die in Welsch in hoher Blüte steht.

Noch erbärmlicher wie in den Fabriken sind die Verhältnisse bei den Heimarbeitern; besonders blüht hier die Lehrlingszüchterei. Es kommt häufig vor, daß solch ein Heimarbeiter 3 bis 4 Lehrlinge beschäftigt, die drei Jahre lernen müssen, meistens auf ganz ordinäre Artikel. Besonders trifft dies für Welsch (Land) zu. In einem halben Jahre sind die Lehrlinge soweit ausgebildet, daß sie im zweiten Jahre selbst vollständig allein herstellen zu können. In dem dritten Jahre heißt es dann für diese: „Arbeite und verdiene für dich.“ Dafür bezahlt er dann seinem Meister 12 bis 15 Mk. Kost- und Lohn. Das ist ein richtiges Arbeitswunder unter den Lehrlingen. So unglaublich es klingt, so kommen diese Fälle häufig vor. Die Folge davon ist, daß durch die Heimarbeit die Löhne immer noch mehr gedrückt werden.

Ebenso schlecht wie die eigentlichen Schlossbauer gestellt sind, Schlüsselmacher und Schleifer.

Daß diese erbärmlichen Verhältnisse beseitigt werden können, das zeigen uns die Kämpfe, die in letzter Zeit sowohl in Welsch gefunden haben. Ich erinnere nur an den schon genannten Streik bei Demrath & Pläher. Wollten die Kollegen nur endlich einmal einsehen, daß eine starke Organisation für sie notwendig ist, daß sie mit Hilfe derselben im Stande sind, die schlimmen Mißstände zu beseitigen.

Freudlich ist, daß die Kollegen in Welsch dies zu würdigen verstanden haben, dieselben sind bis auf vier Mann im Verband. Auch in Schwelm macht die Organisation unter den Kollegen Fortschritte.

Darum, ihr Welscher Kollegen, schließt euch auch dem Verband an, helft die Organisation ausbauen, arrangiert regelmäßige Versammlungen, wählt würdige Kollegen als Vertrauensmänner. Und dann geht einmal herab auf die Kritik der angeführten Mißstände heran, dann wird auch für uns Schlossbauer die Zeit nicht mehr ferne sein, wo wir uns unseres Berufs wegen der in ihr herrschenden traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht mehr zu schämen brauchen.

W. S.

Das Verhalten der Leiter der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine und welche Konsequenzen ergeben sich für die Arbeiter daraus?

So lautete das Thema der am Donnerstag den 9. Juli im großen Saale des Luisenpark in Magdeburg versammelten Metallarbeiter, die als Mitglieder der beiden Organisationen zahlreich anwesend waren.

Schon lange war in Metallarbeiterkreisen das Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung mit den Angehörigen respektive den Führern der Gewerksvereine der Hirsch-Dunckerschen Richtung vorhanden. Früher oder später mußte sie erfolgen. Das Vorgehen des Herrn Fellgiebel, eines Führers der Hirsch-Dunckerschen, bei der Reichstagswahl in Magdeburg hatte das Bedürfnis nach einer Aussprache naturgemäß beschleunigt.

Der Einladung des hiesigen Geschäftsführers des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Genossen Brandes, zu dieser Versammlung war auch von den Gewerksvereinsmitgliedern zahlreich Folge geleistet. Als ihren Vortragsführer hatten sie Herrn Trabert aus Berlin kommen lassen, der die Aufgabe hatte, nicht bloß die Gewerksvereine selbst, sondern auch die Führer derselben, insbesondere den Amtsdirektor Fellgiebel, vor den in Aussicht stehenden Angriffen zu schützen.

Kollege Brandes mied eingangs seines Referats darauf hin, es sei kein Zufall, daß die deutsche Arbeiterschaft die führende Rolle in der Arbeiterbewegung der gesamten Kulturwelt eingenommen habe. Die Schläge, die die deutsche Arbeiterschaft seit Jahren zu erdulden gehabt hat, das Ausnahmefolge und vor allem das blinde-witzige Vorgehen der hartgesottenen Kapitalistenflotte waren die Ursache, die die deutsche Arbeiterschaft zusammenschweißte und von Erfolg zu Erfolg geführt haben.

Der Haß der Kapitalisten und ihres Anhangs wird umso größer, je mächtiger die Arbeiterorganisationen werden, je weniger der sein Recht fordernde einzelne Arbeiter brutal der Straße, dem Hunger überliefert werden kann. Das ist erklärlich. Daß aber auch der Haß zwischen den einzelnen Arbeitergruppen größer werden soll, ist unmöglich, ist widersinnig.

Was ist nun in der letzten Zeit geschehen? Von den Schwabengerechten, die die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf sich gezogen haben, war der Vorfall, der sich auf dem Genossenschaftstreffen in Kreuznach infolge einer Denunziation des Dr. Krüger abgepielt hat, einer der ärgsten. Die Folge dieser Handlungsweise war, daß 99 Konsumvereine ausgeschlossen wurden. Dieses Vorgehen eines Genossenschaftsorgans der Leiter der Gewerksvereinsbewegung erregte selbst in den eigenen Kreisen den Unmut der Mitglieder und eines Teiles der Presse. Die beiden leitenden Blätter der Gewerksvereinsbewegung aber und ebenso Herr Fellgiebel rechtfertigten jene Handlung.

Dieselben Erfahrungen machten wir in der politischen Bewegung. Die Reichstagswahl sollte ein Urteil der deutschen Arbeiterklasse werden über die Zuchtvorlage, über die Klassenurteile von Löttau u. a., über die geringen Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiet, über die Zolltarifvorlage. Es handelte sich ferner nicht darum, die Endziele der Sozialdemokratie durchzuführen, sondern durch die Stärkung der Arbeitervertretung im Reichstag ungeheure Verschlechterungen abzuwehren, die jahrelange Errungenheiten aufzurichten. Das Gebiet mit einem Schläge zu nichte machen. In all diesen Fragen mußte die deutsche Arbeiterklasse einig sein, mochten ihre religiösen und politischen Ansichten auch auseinandergehen.

Aber was haben wir sehen müssen? Gatten schon beim Zollkampf im Reichstag die Genossenschaftsorgane der Leiter der Gewerksvereine, Eugen Richter und seine Fraktion, der Junkerruppe die Streikbügel gehalten, so haben die Wahlen, speziell die Stichwahlen die Vertreter dieser Richtung klar bewiesen. Fast ohne Ausnahme sind von ihnen die von den Arbeitern aufgestellten Kandidaten bekämpft, die Reaktionen unterstützt worden. Von Neutralität war wenig zu spüren. Der beste Beweis ist Magdeburg. Der Vorsitzende des Ortsverbandes der Gewerksvereine von Magdeburg und Umgebung, Herr Fellgiebel, hat in amtlicher Eigenschaft die Interessen der Arbeiter geradezu verraten, nur um einen Handstreich von den Herrn Justizräten oder Fabrikanten zu erhalten. Hat es doch Fellgiebel fertig gebracht, mit einem Arbeitgeber L. Stein dem Inhaber der Metallarbeiter-Fabrik in Welsch, dem bekannten Herrn Beizer & Fliege, bekannt aus den Gewerksvereinsverhandlungen, bekannt wegen der traurigen Behandlung und miserablen Bezahlung, eine und dieselbe arbeitserfreundliche Waage in den Wahllokalen der Fabrikanten und hohen Beamten zu drehen. Als Redner einige Lohnsätze der Firma verteilte, entschied eine allgemeine Bewegung und laute Pfui-Reden. In echt jesuitischer Weise deunante Fellgiebel für die Stichwahl die bürgerliche Presse, die jede Kundgebung der Arbeiter selbst gegen Bezahlung aufzunehmen sich weigerte. Was in derselben einen offenen Brief an den Abgeordneten A. Sebel zu richten, in welchem er unter Benutzung von Eugen und Verleumdungen erklärt, weshalb die Mitglieder des Gewerksvereins der Arbeiterkandidaten Pfandbuch nicht wählen können, weshalb sie dagegen Herrn Nähmaschinenfabrikant Arndt und nun folgt eine

Lobeshymne auf diesen Reaktionsär) wählen müßten. Brandes bracht den Beweis, daß dieser Arndt sich von den übrigen Reaktionsärern gerichts, er hält jeden Streik für unberechtigt, er ist ein Feind der Arbeiterbewegung der Buchdrucker. In seinem Betrieb beschäftigt er jetzt 600 Metallarbeiter. Die Arbeitsordnung weicht in nichts ab von anderen. Dieselben Strafbestimmungen, große Lohnabzüge für Ausschub während der Krise; im vorigen Jahre erst noch 10 bis 25 Prozent Wagnis. Verheiratete Kollegen des Gewerksvereins mußten sich monatlang mit 30 Pf. Lohn pro Stunde begnügen. Und diesen Mann empfahl ein Führer der Gewerksvereine den Arbeitern zur Vertretung ihrer Interessen. In Magdeburg habe diese vorläufige Taktik keinen Erfolg gehabt, aber in sehr vielen anderen Wahlkreisen zieht durch diese ein Reaktionsär in den Reichstag zum Schaden der Arbeiter.

Brandes geht dann über zur gewerkschaftlichen Bewegung und erklärt, daß wir schon vor drei Jahren einmal den Versuch machten, mit den Kollegen des Gewerksvereins eine Lohnbewegung zu inszenieren. Da setzte die Krise ein, die Lohnbewegung mußte unterbleiben. Der Versuch endete aber mit einem schritten Mißton, den Trabert ohne jede Veranlassung in einer Gewerksvereinsversammlung hinein warf. Drei Jahre sind seitdem vergangen, in welcher Zeit die Unternehmer Magdeburgs die Arbeitsbedingungen der Kollegen in brutalster Weise verschlechtert haben. Deshalb ist es erklärlich, wenn jetzt, wo sich die Geschäfte heben, die Kollegen den Wunsch haben, erneut in eine Bewegung einzutreten. Dies sollte zunächst bei der Firma Schäffer & Buddenberg geschehen. Da dort eine größere Zahl Gewerksvereiner beschäftigt sind, wandten wir uns an den Gewerksverein, mit uns gemeinsam vorzugehen. Die Zusage war gerade nicht vertrauenswürdig, machte man diese doch mit von der Lokalfrage abhängig. Dennoch trugen wir dem Rechnung, wandten uns an einen Lokalbesitzer, der nach seiner Aussage in einer Gewerksvereinsversammlung selbst Mitglied des Gewerksvereins ist. Er sagte zu, endgültigen Beschluß sollten wir in 24 Stunden erhalten. Nach dieser Zeit erfolgte Ablehnung, weil — der Saal renoviert werden solle. Nach einigen Wochen hat dann eine Gewerksvereinsversammlung in Lokal stattgefunden, ohne, daß auf die Verhältnisse von Schäffer & Buddenberg eingegangen worden ist. Dafür ist aber unser Versuch der Annäherung wieder in trauriger Weise erwidert worden. Im Augenblick, wo die Mitglieder zusammenarbeiten wollten, wurden in der Ausschussung und später in den Versammlungen der Gewerksvereine zwei Fälle ausgenutzt, in denen Mitglieder unseres Verbandes, durch monatelange Arbeitslosigkeit veranlaßt, sich an ihnen nicht gebührendem Maße vergrißen hatten. Die Ausschussung dieser Fälle ist uns unverfügbare, als aus den Reihen der Hirsch-Dunckerschen hier in Magdeburg viel traurigere Fälle bekannt sind, begangen von Leuten, die sich in guten Stellungen befanden. Wieder ist es die Zeitung gewesen, die es zu einer Einigung nicht kommen ließ. Das selbe sei der Fall bei dem Wehlischen Streike in Berlin, wo der Verrat der Zeitung des Gewerksvereins allem bisher Dagewesenen die Krone aufsetze. Die Unternehmer seien einig, gleichviel welcher Religion, welcher politischen und wirtschaftlichen Richtung sie angehören. Auch die Werkmeister kennen nur einen Verband, in welchem sie ihre Interessen vertreten. Nur die Arbeiterschaft sei gespalten, zerfleische sich gegenseitig, und schwingelnd sehen die Kapitalisten dabei und füllen sich die Taschen. Das müsse ein Ende nehmen. Wer geglaubt habe, mit Gleichauf, Hartmann und Trabert werde in die Gewerksvereine ein neuer Geist einziehen, sei bitter enttäuscht. Deshalb müßten die Mitglieder auch äußerlich vollziehen, womit sie innerlich schon längst sympathisierten. Die Lösung müsse sein: Schaffung einer großen Organisation zum Nutzen der Arbeiterschaft Deutschlands. (Lang anhaltender Beifall beendete das Einverständnis mit dem Referenten.)

Der Vorsitzende, Kollege Voss, machte, bevor er Herrn Trabert das Wort gab, die Versammlung darauf aufmerksam, ob angeht, die bekannten Taktik dieses Herrn, bis zum Eintritt der Polizeistunde zu sprechen, um eine Erwiderung auf gefällige Angriffe unmöglich zu machen, nicht eine Beschränkung der Redezeit am Platze sei. Die Versammlung beschloß dementsprechend eine Redezeit von 20 Minuten.

Hierauf erhielt Herr Trabert das Wort. Redner provozierte die Versammlung sofort, indem er meinte, die Metallarbeiter, so weit sie dem Verband angehörten, hätten sich heute blamiert. Er sei der Meinung, man hätte ehrlicher Weise den Wehlischen Streik auf die Tagesordnung setzen sollen und nicht die Sache mit Fellgiebel. Was kümmert uns Fellgiebel! Wir wissen nichts von einem Arbeiterführer Fellgiebel! Obwohl wir keine Ursache haben, denselben von unseren Hochschöpsen zu schütteln. Herr Fellgiebel habe die ihm gebührende Antwort von den Mitgliedern der Gewerksvereine, und zwar ohne Anregung von außen, erhalten und damit Puntum. Dr. Krüger sei niemals ein Führer oder ein Mitglied des Gewerksvereins gewesen. Redner verwahrt sich dagegen, daß er jemals den Metallarbeiter-Verband oder dessen Führer angegriffen habe. Stets seien die Angriffe von anderer Seite gekommen. Herr Trabert versucht nun, mehrere von Brandes aufgestellte Behauptungen betreffend eines an die Mitglieder der Gewerksvereine gerichteten Flugblattes richtigzustellen und kommt dann auf den Streik in der Fabrik von Wehlisch in Berlin zu sprechen. Von einem Verhandeln der Führer der Gewerksvereine hinter dem Rücken der Leiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes könne hier keine Rede sein. Wohl aber hätte seitens des Herrn Wiesenthal in Berlin beim Straßenbahnstreik ein derartiges Vorgehen konstatiert werden können. Er will dies und anderes beweisen durch Verlesen von Notizen der „Metallarbeitergewerkschaft“. Als Herr Trabert das Vorgehen der Gewerksvereiner bei Wehlisch zu rechtfertigen versucht, entfiel ein großer Lärm, und laute Schlußrufe ertönten, da Redner bereits 20 Minuten spricht.

Nachdem Herr Trabert geschlossen, macht der Vorsitzende Voss bekannt, daß eine weitere Versammlung in dieser Sache stattfinden muß, da es der vorgerückten Zeit wegen nicht möglich ist, die Verhandlungen zu Ende zu führen.

Ein Teil der anwesenden Hirsch-Dunckerschen, Herrn Trabert an der Spitze, verlassen hierauf unter dem Rufe: „Auf Wiedersehen, Herr Voss!“ demonstrativ den Saal. Der Auszug wird mit lautem Händeklatschen von der anderen Seite begleitet.

Nachdem die Ruhe wieder hergestellt ist, wird von Brandes bedauert, daß die Ruhe nicht so gemacht wurde, wie sie notwendig ist, um ein richtiges Bild von den Verhältnissen zu geben. Die ungeheure Erregung sei aber nach den Ereignissen der letzten Zeit allerdings nur zu erklärlich. Herr Trabert habe nicht vermoht, auch nur eine von ihm, Redner, aufgestellte Behauptung zu entkräften. Im übrigen müßte er, daß in der nächsten Versammlung eine recht herzliche Diskussion stattfindet. Es sei wünschenswert, daß die Mitglieder der Gewerksvereine einwirken möchten.

Nach einigen erklärenden Worten des Vorsitzenden über die demnächst stattfindende Versammlung, die als Fortsetzung der heutigen Versammlung anzusehen sei, wird dieselbe mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Wenigleich der Verlauf der Versammlung als ein abschließender nicht zu betrachten ist, so steht doch zu hoffen, daß bei der nächsten Zusammenkunft ein gut Teil der Erregung sich gelegt und einem gemeinsamen Zusammenarbeiten der Weg geebnet wird.

Am Dienstag den 14. Juli sollte im „Luisenpark“ die Fortsetzung der Diskussion aus der Versammlung vom 9. Juli über das Verhalten der Leiter der Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) stattfinden. Sie fand auch statt. Allerdings mußten die Anwesenden auf eine weitere Aussprache mit den Herren Trabert, Schäffer u. s. w. verzichten, weil — nun weil die Herren es vorgezogen hatten, diesmal nicht zu erörtern. Aus diesem Grunde begnügten sich die einzelnen Redner auch mit einigen Nichtigkeitsreden und einer sachlichen Kritik über das Verhalten der Führer der Hirsch-Dunckerschen überhaupt, um sich dann wieder praktischen Aufgaben zuzuwenden.

Der Vorsitzende Genosse Voss machte bekannt, daß in der letzten Ausschussung der Ortsvereine (Hirsch-Duncker) der Fall Fellgiebel noch einmal zur Sprache gekommen ist. Voss verliest den Bericht,

den über diesen Fall die Magdeburger Zeitung brachte. Da Herr Schäfer, der eigentlich als erster Redner das Wort in dieser Versammlung haben mußte, nicht anwesend ist, erhält Genosse Hähnen als zweites das Wort. Derselbe wendet sich zunächst zu den Ausführungen des Herrn Trabert in der ersten Versammlung, der einen „Gewerkschaftsführer“ Flegel als gar nicht kennen wollte. Auf die Organisationsverhältnisse der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft werfe diese Argumentation ein eigenartiges Licht. Des weiteren kritisiert Redner die Anschuldigungen, die Herr Trabert gegen die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Herr Flegel in der Hoffjäger-Versammlung der sozialdemokratischen Partei geschleudert hatten. Die Rolle, die die Führer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft beim Mehlischen Streik in Berlin gespielt haben, beweise, daß sie niemals ernsthaft gewillt seien, selbständig einen Kampf für die Befreiung der Arbeiter zu unternehmen. Es sei die höchste Zeit, daß die Mitglieder der Gewerkschaft mit ihren Führern tabula rasa machen. (Beifall.)

Genosse Babel zerplückt den Inhalt eines Flugblattes, das von den Führern der Gewerkschaft in Berlin zur Verbreitung gelangt ist. Auf die politischen und ökonomischen Anschauungen der Gewerkschaftler werfe der Inhalt des Flugblattes ein großes Licht. Redner ist ebenfalls der Meinung, daß die Mitglieder der Gewerkschaft von ihren Führern genugsam geführt werden.

Genosse Kuth beschäftigt sich mit der eigentümlichen Tatsache, daß so viele Werkmeister Mitglieder der Gewerkschaft seien. Als Politiker seien diese genau so rückständig wie die größten Reaktionsäre.

Nachdem der wiederholten Aufforderung an die Gewerkschaftler, sich zum Wort zu melden, nicht entsprochen wird, nimmt Genosse Wolf das Wort und erläutert an der Hand der eigenen Erfahrungen, daß Führer wie Flegel den modernen Forderungen der Arbeiter verständnislos gegenüberstehen. Es sei mehr als naiv, heute noch den Arbeitern von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit etwas vorzureden. Redner ist der festen Überzeugung, daß ein großer Teil der Angehörigen der Gewerkschaft sozialdemokratischen Anschauungen huldigt. Mit dieser Haltung müsse gebrochen werden im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Beim Streik der Sommer in Borge, der jetzt nach 18wöchentlichem Kampfe als ein Sieg der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angesehen werden kann, sei das Verhalten der Gewerkschaftler ein durchaus inkorrektes gewesen. Redner hofft, daß ohne die Führer ein gemeinsames Zusammengehen mit den Gewerkschaftlern doch noch zu Stande kommen wird. — Nachstehende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen.

Die am 14. Juli 1908 von Mitgliedern aller Metallarbeiterorganisationen besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung im Luisenpark bezieht die Handlungsweise einer Anzahl in leitenden Stellungen befindlichen Mitgliedern der Gewerkschaft Hirsch-Dunder als Verrat an den Interessen der Arbeiter. Sie weiß, daß das Gros der Mitglieder daran keinen Teil hat und erwartet deshalb, daß die Versammlungen vom 9. und 14. Juli Klärung in der Arbeitererschaft wenigstens in Magdeburg geschaffen haben, wodurch das so notwendige Zusammenarbeiten aller Metallarbeiter in Zukunft möglich sein wird.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. — Zum zweiten Punkt, Antrag der Ortsverwaltung Magdeburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: „Stellungnahme zu einer Eingabe an den Metallindustrie-Friedens-Verband, betreffend Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Betrieben der Metallindustrie Magdeburgs“ hält Genosse Brandes das einleitende Referat. Redner führt alle die Argumente an, die angehen, eine Verkürzung der Arbeitszeit als im Interesse der Kultur und der Sittlichkeit notwendig erscheinend zu lassen. Wenn gleich zur Zeit die Metallindustrie sich noch in einer Krise befindet, so sei doch eine frühzeitige Inangriffnahme dieser Frage geboten. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann muß es uns gelingen, auch die Gewerkschaftler für die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zu interessieren.

Nachdem sich noch Genosse Kleinert für die Verkürzung der Arbeitszeit, unter entsprechender Erhöhung des Lohnes, ausgesprochen, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 14. Juli 1908 im „Luisenpark“ von Mitgliedern aller Arbeiterorganisationen der Eisen- und Metallindustrie besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung hält zur Vermeidung des weiteren Umfanges der Schwandlung und anderer Krankheiten, zur Verringerung der Unfallhäufigkeit und zur Hebung der Bildung im allgemeinen, wie der technischen, eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend geboten. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß die Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit gerade jetzt ohne wesentliche Betriebsstörungen möglich sein wird, da jetzt die Arbeitgeber Gelegenheit haben, sich an die veränderte Betriebsweise zu gewöhnen, so daß später Störungen ausgeschlossen sind. Die Versammlung beauftragt das Bureau, im Einverständnis mit den übrigen Organisationen die Resolution mit entsprechender Begründung zu versehen, dem Vorstand des Verbandes der Metallindustriellen zu übermitteln und zu geeigneter Zeit eine einflussreiche öffentliche Versammlung Mitteilung über den Verlauf der Eingabe zu machen.

Der Vorsitzende Wolf weist noch darauf hin, daß es bei den über diesen Punkt kommenden Verhandlungen noch zur Regelung einer ganzen Anzahl von weiteren Fragen kommen wird.

Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden, unentgeltlich für die Stärkung des Verbandes zu sorgen, wird die Versammlung geschlossen.

Die nächste Aufgabe der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird sein, zu versuchen, die Mitglieder der Gewerkschaft durch eine sachgemäße Aufklärung für die gemeinsamen Interessen der gesamten Metallarbeiter zu interessieren. Es wird uns sehr zu wünschen sein, bei der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit dem Unternehmertum eine lückenlos organisierte Arbeiterschaft gegenüberzustellen. An die Arbeit, Gewerkschaftler!

Zur Beendigung des Kampfes in Iserlohn.

Im Regulator (Hirsch-Dunder) und der deutsche Metallarbeiter (Organ Wieser) kann man häßliche Betrachtungen über die Beendigung der Iserlohner Aussperrung lesen. Doch soll hier gezeigt werden, wie in Wirklichkeit die Dinge liegen und ob jene Leute Grund haben, einen demütigenden Ton anzuschlagen.

Herr Wieser schreibt: „Als die Aussperrung aufgehoben war, meldeten sich 2798 Mann zur Arbeit, demnach wären 1400 zu den Arbeitsschichten übergegangen.“ Der Artikelschreiber weiß nicht, daß eine ganze Anzahl Arbeiter von den Fabrikanten selbst verlangt wurden, die durch Briefe die Nachfrist erhielten, die alte Stelle einzunehmen, infolgedessen sich auch nicht zu melden brauchten. Vom Metallarbeiter-Verband mit 1600 Mitgliedern sind 37 Abtrünnige zu verzeichnen. Wieser mag sich einmal erkundigen, wie viel von den 400 Christlichen Streikbrechern geworden sind. Also, christliche Brüder, so setzen eure Waage aus.

Dann heißt es weiter im Wieser'schen Organ: „Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, durch den läßt sich wohl auch alles was nötig ist, wird versucht, hat in Iserlohn keine räthselhafte Rolle gespielt, um großen Schaden der Arbeiter.“ Wieser bringt der Regulator, Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft, vom Generalrat Trabert einen längeren Bericht über die Machinationen und Schiebungen, wie sie von Seiten der freien Verbände gemacht wurden.“ Danach folgt der Artikel des Herrn Trabert, auf den ich zurückkommen werde, wenn ich dem Herrn Wieser auf seine jämmerlichen Behauptungen geantwortet habe. Zunächst will ich festlegen, was die Schiebungen und Machinationen vorgekommen sind. Beim Wieser-Organ der Versammlung vom Freitag den 3. Juli in welcher Minister-Düsseldorf von seiner Organisation anwesend war) teilgenommen hätte und wenn er in der christlichen Versammlung am 8. Juli gewesen wäre, so hätte er, wenn er als christlich gelten will, derartige nicht schreibende Lügen.

Als die Aussperrung beendet wurde, waren die Führer der Organisationen sich einig, daß alles gemeinschaftlich gemacht werden soll. Was sagt aber die Christlichen? Nachdem von der Streikleitung

alles versucht war, die Aussperrung zu verhindern, der Fabrikantenverein aber alles ablehnte, wurden wir in der Leitung uns einig, daß wir vorerst nicht mehr versuchten, zu unterhandeln. Die christlichen Führer aber liefen hinter den Fabrikanten her, um immer wieder anzubandeln, trotzdem ich gesagt habe, daß dadurch die Fabrikanten immer bodenloser gemacht würden. Von unserer Seite ist niemals ein Schritt zur Unterhandlung getan worden, ohne daß wir die Führer der anderen Organisationen davon in Kenntnis gesetzt hätten. Die Christlichen aber standen mit dem früheren Vorsitzenden des Volksvereins für das katholische Deutschland, Fabrikant Grotthoff, und anderen Fabrikanten, wie Wiebecker und Schumacher, in Verhandlungen. Sogar bis nachts 1 bis 2 Uhr wurde geflüsternd. Das ist selbst von den Führern der Christlichen in den beiden angegebenen Versammlungen zugestanden worden. Am 30. April kamen sogar der Arbeitersekretär Weder, angeführt vom Volksverein für das katholische Deutschland, und der Herr Stegerwald ins Arbeitersekretariat zum Streikkomitee und teilten uns mit, daß man wieder von christlicher Seite in Verhandlungen getreten sei; sie unterbreiteten uns Vorschläge, unter welchen die Fabrikanten den Frieden herbeiführen wollten. Die Bedingungen deckten sich ungefähr mit den Abmachungen vom 28. März, die auf dem Rathaus in Iserlohn abgeschlossen wurden (siehe Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung), aber mit der Ausnahme, daß die Fabrikanten nach ihrem Gutdünken so viel oder so wenig Arbeiter einstellen könnten, wie es ihnen beliebt.

Kollege Limberg und ich sagten den Stegerwald und Weder, daß es uns eigentümlich und sonderbar vorkam, daß man ohne die Zustimmung der Streikleitung mit den Fabrikanten den Frieden herbeiführen wollte. Sie hätten ihr Ehrenwort gegeben, davon nichts zu verraten. (Nicht wahr, Herr Wieser, so haben Sie es auch gemacht bei Lange & Sohn in Duisburg mit der einflussreichen Person, die dort eingegriffen sollte, und wie die Firma später selbst erklärt hat, daß auch ein Pastor nichts machen konnte.) Wir sagten den beiden (Weder und Stegerwald), daß wir für die Zukunft uns das verbitten müßten, daß eine Dichtung selbständig Verhandlungen anbahne. Darauf erklärten sie, es läge ihnen fern, uns zu hintergehen, aber sie meinten doch, wenn man den Frieden herbeiführen könnte, sollte man das auch tun, sie wollten ja darauf verzichten, für sich die Herbeiführung des Friedens in Anspruch zu nehmen. Wir erklärten, daß wir jede Gelegenheit wahrzunehmen würden, die es uns ermöglichte, einen Frieden, der ehrenvoll sei, zu Stande zu bringen, aber wenn jetzt die Fabrikanten nicht Ernst mit dem Frieden machen, dann gebe es auch kein Anbändeln mehr, denn oft genug hat man jetzt gezeigt, daß wir zum Frieden geneigt wären, aber das Nachlaufen hinter den Fabrikanten würde nur unserer Sache schaden.

Beide (Weder und Stegerwald) erklärten, daß dies das letzte Mal sei, daß sie an die Fabrikanten herantreten würden, wenn sie jetzt nicht wollten, so sei es auch mit ihrer Gebuld zu Ende. Nachdem der Punkt 6 von uns dahin abgeändert war, daß alle Arbeiter eingestellt werden sollten und bei ungenügenden Aufträgen die Arbeitszeit auf 8 Stunden beschränkt werden sollte, autorisierten wir die beiden Herren, daß sie auf die Bedingungen eingehen könnten, womit dem Frieden nichts mehr im Wege stünde. Weder und Stegerwald kamen spät in der Nacht wieder und sagten, daß die Herren die Bedingungen angenommen hätten und am anderen Tag in der Fabrikantenversammlung dafür eintreten würden, daß sie endgültig angenommen werden müßten.

Die Fabrikanten hatten aber auch dies wieder abgelehnt. Man sollte meinen, daß die Christlichen nun endlich so schlau geworden seien und ihr Versprechen halten würden, nicht mehr hinter dem Rücken der übrigen Streikleitung zu verhandeln. Es kam aber anders. Der christliche Zentrumskandidat und Textilarbeiterführer Schöffers aus Ruffel mit dem Arbeitersekretär Weder vom Volksverein für das katholische Deutschland haben während der Wahlbewegung in Minden mit dem Vorsitzenden des Fabrikantenvereins die letzten Bedingungen, unter welchen der Friedensschluß zu Stande kam, vereinbart und man hat der Kommission der Arbeiter erklärt, daß in den Grundbedingungen nichts geändert werden dürfe, nur redaktionelle Änderungen seien noch gestattet. Dies alles ist von den christlichen Führern in der Versammlung am 8. Juli eingestanden worden.

So, nun hat man ein klares Bild und weiß man auch, auf welcher Seite Schiebungen und Machinationen vorgekommen sind. Weder mußte, daß die Schandbrochure des Scherers Engelmann erscheinen würde, und sie erschien ein oder zwei Tage nach dem Friedensschluß, was also schon fertig geschrieben für die Zentrumswahlkampf! Frotz, ein Christlicher, hat in der Versammlung am 3. Juli erklärt, daß er selbst gestimmt hätte, als er seinen Namen in der Broschüre gesehen habe, er lehne die Verantwortung für den Inhalt der Broschüre ab. Beckmann, auch ein Christlicher, erklärte, daß es besser gewesen wäre, wenn dieses Machwerk das Licht der Welt nicht erblickt hätte. Je mehr von den Christlichen in den beiden Versammlungen sprachen, um so besser kam die Wahrheit ans Tageslicht. Was der Arbeitersekretär Weder behauptete, hat sein christlicher Freund Hammer Schmidt unter dem Gaudium der 3000 zählenden Versammlungsbesucher bestritten und widerlegt.

Nun zum Schluß im Deutschen Metallarbeiter. Wer hier ein hinterlistiges Spiel getrieben hat, geht aus obigen zur Genüge hervor. Auch haben sich nicht die Hirsch-Dunderschen und die Christlichen aus Solidarität angeschlossen und sind dann zum Dank von uns hintergangen worden. Alle Arbeiter sind vom Unternehmertum aufs Pfahler geworfen worden, freie, Hirsch-Dundersche, Sozial- und Christlich-Organisationen. Klar ist es, daß das fortwährende Nachlaufen der Christlichen hinter den Fabrikanten das lothbare Gut der Arbeiter, die Solidarität, zerstört und nachteilige Folgen für die Arbeiter gehabt hat. Ein solcher Mißbrauch verdient die entschiedenste Verurteilung; mögen sich die Arbeiter in Zukunft vor solchen Verrätern hüten, die die Interessen der Arbeiter nicht besser zu wahren wissen. Dem Herrn Wieser möchte ich aber raten, in Zukunft sich erst etwas besser zu informieren. Oder heiligt bei ihm auch der Zweck die Mittel?

Gehe ich Herrn Trabert antwort, will ich noch den einzigen Entschuldigungsgrund, den die Führer der Christlichen für ihre traurige Rolle anführen, näher beleuchten. Sie entschuldigen ihre Handlungen damit, daß auch Kollege Reichel beim Regierungspräsidenten und beim Vorsitzenden des Fabrikantenvereins gewesen sei, ohne die anderen Organisationen beauftragt zu haben. Wie verhält sich nun dies in Wahrheit? Kollege Reichel, Verbandssekretär, war vom Vorstand beauftragt, nach Iserlohn zu fahren, um vorzunehmend die Sache zu prüfen. Dies ist nicht der Vorstandes laut Statut. Ich erhielt am 23. Mai vom Reichel Nachricht, daß er am 24. Mai in Iserlohn eintreffen würde. Ich fuhr auch hin; Reichel, der in Iserlohn unbekannt war, verkehrte in Bürgerkreisen, unter den Arbeitern, um die Meinung aller Kreise zu erfahren, man hielt ihn für einen Kollegen, der mich während meiner Abwesenheit (weil ich nach Berlin mußte) vertreten sollte. Reichel nahm Einsicht in alle Aktenstücke, auch sagten wir ihm, er könne sich bei der Regierung erkundigen. Reichel meinte selbst, dann sollte man die anderen Organisationen davon in Kenntnis setzen. Es waren keine Vertreter da, es ist denselben aber sofort Mitteilung davon gemacht worden, als sie an Ort und Stelle waren. Sämtliche Vertreter waren damit einverstanden, und unter deren Zustimmung ist Reichel, der allein Führer vorgestellt worden ist, zum Vorsitzenden des Fabrikantenvereins gegangen. Aus uns Siegen der Vertreter des christlichen Hütten- und Metallarbeiter-Verbandes, wollte kein Kollege Reichel sogar ein Mitglied des christlichen Verbandes mitgeben, um ihm die Wohnung des Vorsitzenden zu zeigen. In einer Versammlung wurde sogar dem Kollegen Reichel vom christlichen Führer Beckmann das Zeugnis ausgestellt, daß er sehr gut und vorsichtig gearbeitet habe.

Also, Reichel hat nicht hinter dem Rücken der übrigen Organisationen Friedensbedingungen abgeschlossen, sondern offen und ehrlich gearbeitet, er hat nicht die christliche Tugend eingeschlagen. Schöffers hat ja selbst in einer christlichen Versammlung erklärt, daß die christlichen Arbeiter die Bedingungen, die am anderen Tag herauskommen,

annehmen sollten, weil sie (die christlichen Arbeiter) alle eingestellt würden. Den Beweis hat eine alte Arbeiterin in der Versammlung am 8. Juli den christlichen Führern gegenüber gebracht.

Nun zu Herrn Trabert und seinen Ausführungen. Es heißt im Regulator, nach neunwöchentlichem Kampfe sei eine Einigung zwischen den Parteien in Iserlohn zu Stande gekommen. Leider seien für die Arbeiter keine Vorteile erlangt worden; die bedeutend besseren Bedingungen vom 28. März hätten angenommen werden können. Darauf folgt der Punkt 5 der Vereinbarung vom 28. März: Punkt 5. Die Arbeitgeber erkennen die Arbeiterorganisationen an und erklären sich bereit, bei allen freitigen Fragen, die gemeinsame Interessen betreffen, von Fall zu Fall mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln, jedoch unter Ausschluß der unter 4 bezeichneten Fragen über das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitgeber. Dazu bemerkt Trabert: „Die unter 4 bezeichneten Punkte sind so minimaler Bedeutung, daß durch Anerkennung derselben der hohe Wert des oben angegebenen Punktes 5 auch nicht im geringsten wäre beeinträchtigt worden. Wie lauten demgegenüber die jetzigen Vereinbarungen? Punkt 1. Nachdem die über die Firma Schäfermeyer & Hens verhängte Sperre aufgehoben ist und diese Firma nicht behindert wird, ihren vollen Betrieb aufrecht zu erhalten, wird der Beschluß des Fabrikantenvereins vom 1. Mai dieses Jahres, bis auf weiteres keine organisierten Arbeiter einzustellen, aufgehoben. Punkt 6. Jede Einmischung von Gewerkschaften, von Vertretern von Gewerkschaften oder sogenannten Arbeitersekretären in Betriebsangelegenheiten wird von den Arbeitgebern entschieden zurückgewiesen. Verhandlungen mit den Genannten werden ein für allemal abgelehnt.“

Diese Gegenüberstellung zeigt jedem klar die jegliche Verschlechterung. Man fragt sich nun unwillkürlich, warum kam man damals zu keiner Verständigung?

Auf die „unwillkürliche“ Frage habe ich folgendes zu antworten: Ich habe selbst an den Verhandlungen am 28. März unter Beisein des Bürgermeisters Fritzsche teilgenommen, abends in der Reichshalle Bericht erstattet und auch die Versammlung dafür gewonnen, daß diesen Bedingungen zugestimmt wurde. Herr Hartmann, Generalratsmitglied, nahm nach mir das Wort (er war erst kurz vorher von Berlin eingetroffen) und sagte dort wörtlich: „Die Bedingungen, die die Vertreter der Organisationen vereinbart, sind ein vollständiger Sieg der Arbeiter. In der Stadt der Intelligenz, in Berlin, haben die Arbeiter derartige Vorteile noch nicht errungen. Die Berliner Rühmänner erkennen die Organisationen nicht an und verhandeln nicht mit den Vertretern der Organisationen. Die Iserlohner Rühmänner sind noch nicht so weit und schlimm wie die Berliner Rühmänner. Ich schließe mich den Ausführungen des Kollegen Spiegel an, daß Sie diese Bedingungen annehmen, die einen Sieg für die Arbeiter bedeuten.“

Am 29. März, in der Vertrauensmännerkonferenz, sagte ich: Es wäre laudbar, daß man nicht gelegentlich einigen Leuten eine Schnurrbartbinde aufs Maul binden könnte, wenn man Ausführungen hört wie gestern abend in der Reichshalle. Die Ausführungen Hartmanns seien nicht am Platze gewesen. Wenn wirklich in Berlin solche Zustände existierten, so jagte man doch derartige nicht in einer solchen Versammlung. Warum es nicht zum Frieden kam, zeigen folgende vier Punkte aus der Fabrikantenversammlung. Dort ist gesagt worden:

1. Daß die Vertreter des Vereins (der Fabrikanten) nicht das Recht gehabt hätten, so weitgehende Zugeständnisse zu machen.
2. Daß sonst stets die Sozialdemokraten Schweineglück hätten, jetzt aber der Fabrikantenverein, da die Übereinstimmung betreffend des 31. Arbeiters ein Grund sei, von dem Vertrag zurückzutreten.
3. Daß, wenn die Abmachungen bezüglich der Anerkennung der Organisation und des Arbeitsnachweises genehmigt würden, man sich vor den Arbeitgebern ganz Deutschlands blamiere!
4. Es sei besser, jetzt den Kampf zu haben, als in drei Monaten, weil dann die Arbeiter noch besser gerüstet seien.

Was geht daraus hervor? Daß der vorgeschützte Grund ein Scheingrund ist und die Fabrikanten (von einigen Ausnahmen abgesehen) die Anerkennung der Organisation auf der Einigungsgrundlage nicht wollten!

Wir in der Öffentlichkeit auf den Wortbruch der Fabrikanten hingewiesen haben, berief sich der Kreisangehöriger (Organ der Fabrikanten) auf die Ausführungen von Hartmann in der Versammlung vom 28. März in der Reichshalle, daß selbst in Berlin die Unternehmern den Arbeitern nicht derartige Zugeständnisse machten. In diesen Punkten wird wohl dem Herrn Trabert die Antwort auf seine „unwillkürliche“ Frage genügen.

Dann wirt Trabert die Frage auf: „Sollte es wirklich wahr sein, was man sich in Iserlohn zutraut? Die Führer der sogenannten freien Gewerkschaften brauchten, im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen und im Interesse der politischen Partei, den Streik.“ Hierauf lasse ich dem Herrn Trabert die Antwort aus der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zukommen. Diefelbe schrieb: „Selbstredend werden hier die Vorgänge zwischen Arbeiter und Arbeitgeber bei der nächsten Reichstagswahl auch nicht sprechen, aber voraussichtlich werden viele Arbeiter sich dahin gründlich von ihrer bevorstehenden, alles lösenden und in alles sich einmündenden Organisation kurieren; außerdem werden eine große Anzahl Arbeiter sich andernorts Arbeit suchen müssen, so daß man mehr mit einem Rückgang als mit einem Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung in unserem Wahlkreis rechnen kann.“

Ferner beweist die Engelmann'sche Broschüre zur Genüge, wer derartige Vorlesungen zur Wahlkampagne brauchte. Was Trabert sonst noch anführt, will ich überschlagen, weil ich an den letzten Sitzungen nicht teilgenommen habe, da ich in Berlin war, nur am 3. Juni mit Trabert dort von Berlin aus eintraf und mit dem Nachzug wieder nach Berlin zurückfuhr, nachdem ich Vorkerkungen getroffen hatte, daß es nicht zu Zusammenstoßen mit den Genannten kam. Kollege Limberg wird Herrn Trabert antworten, soweit seine Person im Artikel des Regulator in Frage kommt.

Nun noch zu den Drohungen im Schlußsatz des Trabert'schen Artikels, daß er aus der Zurückhaltung heraustreten würde, wenn weitere Schiebungen gemacht würden. Herr Trabert mag nun ruhig aus seiner Zurückhaltung heraustreten. Wir haben die Öffentlichkeit nicht zu fürchten, wir haben all das getan, was zur Durchführung des Kampfes notwendig war und können das jedem gegenüber rechtfertigen. Wir brauchen uns nicht zu entschuldigen wie sein Kollege Gleichauf wegen seiner Handlungsweise bei Mehlisch. Gleichauf berief sich bekanntlich darauf, daß er bezüglich Mehlisch nur den Beschluß des Generalrats ausgeführt habe und daß nur zehn Streikbrecher durch den Arbeitsnachweis der Hirsch-Dunderschen in die Wube hineingekommen seien, was mit den 20 Mitgliedern, die zur Arbeit kommandiert worden sind, 30 Arbeiter ausmache. Diefel kamen doch den 450 streikenden Arbeitern gegenüber nicht in Betracht. Also, wenn 450 Streikende vorhanden sind, dürfen 30 Hirsch-Dundersche als Streikbrecher in den Betrieb hineingehen. Es wäre den Hirsch-Dunderschen nur noch zu empfehlen, daß sie dieses statutarisch festlegen würden.

Also, nun herauf, Herr Trabert, wir sind bereit, die geistigen Waffen mit Ihnen zu trennen.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß Kollege Limberg und ich über die Schwächung und den Verlauf der Iserlohner Aussperrung in einigen Wochen eine Broschüre herausgeben werden. Diefelbe wird an Hand der Aktenstücke geschrieben und zum Preis von 10 Pfennigen abgegeben. Ich ersuche, dieselbe in allen Kreisen zu vertreiben, damit man überall sieht, wie sich die Geschichte abgespielt hat.

Düsseldorf.

K. Spiegel.

Ich will mich für heute darauf beschränken, aus dem Trabert'schen Artikel die höchsten Hirsch-Dunderschen Unwahrheiten herauszusuchen und richtigzustellen. Zunächst sagt Trabert: Fast müßte man annehmen, daß es sich hier um eine sozialdemokratische Wahlkampagne gehandelt habe, denn verständige Führer hätten das am 28. März Gebotene annehmen müssen. Hartmann habe dem

erklärt, daß er für Annahme der Bedingungen sei. Das hat Hartmann ebenso wie unsere Kollegen am 28. März erklärt. Am 30. März, nachdem sich der bekannte Irrtum herausgestellt, war es zuerst neben dem Christlichen Laus der Hirsch-Dundersche unter feinen Umständen eingehen! Erst als die Vertreter dieser beiden Organisationen sich dabingehend ausgesprochen hatten, erklärten unsere Kollegen dasselbe.

Doch nun zu dem wichtigsten. Am 10. Juni fand die Generalversammlung des Fabrikantenvereins statt, in der die Vereinbarung mit den Arbeiter mit den Organisationsvertretern, und was in dieser Sitzung geschah, fälscht Herr Trabert in echt jesuitischer Weise! Er schreibt im Regulator, daß er „nach vorher gefallenen Äußerungen Simbergs“ erklärt habe, er würde die Verantwortung zur Fortsetzung des Kampfes übernehmen, wenn insbesondere die Führer des Metallarbeiter-Verbandes die Garantie übernehmen könnten, daß erstens die Mitglieder fest bleiben würden, wenn die Einigung nicht zu Stande käme, und daß sie zweitens die Zustimmung geben könnten, daß die Auszahlung der Streikgelber pünktlich und geregelt erfolge. „Letztere Frage blieb unbeantwortet“, sagt Herr Trabert dann.

Wie verhielt sich nun die Sache in Wirklichkeit? Ich war abends vorher von einer im Interesse der Ausperrung unternommenen Reise (die die Sicherung von weiteren Geldmitteln zum Zwecke gehabt hatte) zurückgekehrt und fand Einigungsvorschläge vor, schlimmer als ich gedacht. In der fraglichen Sitzung erklärte ich nun: Ich freue mich, daß die Abmachungen nicht von den Organisationen geschlossen seien, da letztere sich jetzt noch immer ihre Stellungnahme vorbehalten könnten. Ich sei der Ansicht, daß es sehr wohl möglich sei, die Ausgesperrten noch zusammenzuhalten, doch sei meines Erachtens dazu erforderlich, daß die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften, so wie ich das für uns könne, die Erklärung abgeben, daß sie noch in der Lage seien, für vier Wochen die Unterstützung zu zahlen.

Darauf entgegnete Trabert in erregtem Tone, es scheine ihm, als ob Quertreibern beabsichtigt seien. Es dürfe aber jetzt keine Organisation mehr auf eigene Faust handeln.

Ich entgegnete, daß ich auch gar nicht das Vorgehen einer Organisation im Auge habe, sondern die Haltung aller Beteiligten. Jetzt gab sich Herr Trabert zufrieden und erklärte, daß keine Gewerkschaft selbstverständlich die Unterstützung garantieren könne, doch müßte dann auch sicher sein, daß die Arbeiter zusammenhielten. Fragen in der Form, wie sie im Regulator dargestellt sind, hat Trabert nicht gestellt; die Darstellung des Trabert ist eine vollständige Verdrehung der Tatsachen, wie jedem einleuchtet, der die von mir ausgesprochene, in bestimmter, kurzer Form gehaltene Erklärung respektive Frage vergleicht und dann sieht, wie daraus bei Trabert „vorher gefallene Äußerungen Simbergs“ werden.

Daß der Gewerksverein für seine circa 25 von der Ausperrung betroffenen Mitglieder die Unterstützung zahlen konnte, versteht sich von selbst; daß ich meine Erklärung auch für den Verband abgab, verstand sich bei dem Umstand, daß der Bevollmächtigte, Kollege Müller, noch in Arbeit stand und an der Sitzung nicht teilnahm, ebenfalls von selbst. Worauf es ankam, was ich mit meiner Erklärung provozieren wollte, war blinde Stellungnahme der christlichen Führer. Diese jedoch schwiegen!

Dieser letzte Umstand war es, der bei unseren Kollegen die pessimistische Stimmung aufkommen und sie den Ausführungen, daß die Leute nicht mehr zu halten seien, zustimmen ließ. Wie sehr die Christlichen bemüht waren, die Tatsachen aus jener Sitzung aus der Welt zu lügen, beweist ihre dumme Frechheit, die sie in einem Flugblatt schreiben ließ: Eine derartige Geldfrage sei nie gestellt worden!

Man sieht, die Christlichen verstehen das Mögeln doch noch besser! Von Schiebungen gegen die Hirsch-Dunderschen zu sprechen, hatte Trabert übrigens gar keine Veranlassung; während des ganzen Kampfes ist gegen die Hirsch-Dunderschen Kollegen unsererseits kein Wort urf erhoben worden. Wenn jetzt sowohl die rednerische Entgeißlung Hartmanns am 28. März wie die Berichterstattung Traberts kritisiert werden müssen, so trifft das auch nur diese beiden Herren! Im übrigen warten wir auf die „Entfälschungen“ Traberts. Et fall mit wümmern, was dat gielt!

H. Simberg, Iserlohn.

Nachklänge zur Iserlohrner Aussperrung.

Die christlichen Gewerkschaftsführer mögeln, wo sie mögeln können.

Zur Beendigung der Iserlohrner Aussperrung wurden von den bürgerlichen Parteien alle Hebel in Bewegung gesetzt, um der sozialdemokratischen Partei ein zu verfehen, sich für die Woche darauf stattfindenden Reichstagswahl aus einem Labyrinth von lügenhaften Beschuldigungen Kapital zu schlagen sowie sich als würdige Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen arbeiterfreundlichen Anstrich zu geben. Die bürgerlichen Blätter jahrieben lange Artikel gegen die freien Gewerkschaften, besonders gegen den „sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband“; man vertrieb sich sogar zu der Behauptung, die Metallarbeiter-Zeitung“ hätte die Sprache verloren. Die bürgerlichen Intenfulis erzählten die tollsten Märchen, um die Wähler bei der Wahlkampagne, die wohl für Iserlohn einzig dasteht, vor den „verlogenen roten Revolutionären“ grüselig zu machen. Neben freijümmigen und nationalliberalen Solchschreibern waren es Gewerkschaftsführer katholischer und evangelischer Obfervanz, die sich als Bundesgenossen zusammenfanden, um dem Unternehmertum zu dessen größtem Gaudium Buchflepperdienste zu erweisen. Ein katholischer Volksschullehrer, Otto Engelmann, schrieb sogar über den Iserlohrner „Streit“ eine Broschüre, die den Nachweis liefern sollte, daß die Aussperrung, die doch lediglich ein brutaler Gewaltakt des Unternehmertums war, — man höre und staune — eine sozialdemokratische Wahlmache sei. Nun hat sich auch dieses wahrheitswidrige Pamphlet selbst gerichtet. Nicht allein, daß am Tage vor der Wahl eine Versammlung von 2500 Reichstagswählern die Broschüre als eine gemeine Wahlmache des Zentrums bezeichnete, sondern auch bei der Generalabrechnung mit den Christlichen wurde durch das Mitglied des Christlichen Metall- und Hüttenarbeiterverbandes, Franz Prott, der als Kronzeuge in der Engelmannschen Broschüre figuriert, dieses nachgewiesen. Prott gab eine Darstellung, in welcher Weise er mit der Broschüre in Verbindung gebracht worden ist; die Broschüre war schon in der fünften Woche der Aussperrung in Vorbereitung, gelangte aber erst kurz vor der Reichstagswahl, also nach vollen vier Wochen, in die Öffentlichkeit. Prott äußerte sich dahin, daß er für den Inhalt derselben, ob wahr oder unwahr, nicht verantwortlich gemacht werden könne. Es sei ihm erst kurz vor der Veröffentlichung der Broschüre bekannt geworden, zu welchem Zwecke er von dem Lehrer Engelmann in Anspruch genommen worden sei. Die Ausführungen Protts lassen klar und deutlich erkennen, mit welcher jesuitischen Kniffen gearbeitet worden ist, wie das Zentrum, verlegen um eine Wahparole, den Splitter in des anderen Auge sieht, aber den Balken in eigenem Auge nicht bemerkt! Die gesamte geheime Intrigue der Christlichen gegen die Führer der ausgesperrten Arbeiter, die sich in politischer Beziehung zur Sozialdemokratie bekennen, ist durch ihren auf gausseigenförmlich: Art und Weise herangelösten Kronzeugen verraten worden.

Über diesen Verrat ärgerlich, trochen nun die Christlichen aus ihrem Versteck hervor, von wo sie bisher ihre giftigen Pfeile ab-

geschandt hatten, und beriefen ebenfalls eine Versammlung ein mit der pikanten Tagesordnung: „Wie es in Wirklichkeit mit der Wahrheit der „Freien“ aussieht!“ Man griff zu dem letzten Abber, um die freigelegte dem Grundfrage: „Verleumde nur immer drauf los, und bleibt doch hängen“, für die seit Wochen erhobenen Behauptungen, sperrung vertheidigt, hätten die Aussperrung provoziert, eine „sozialdemokratische Wahlmache“ zu haben. Wenn man weiß, daß es freijümmigen, nationalliberalen und katholische Fabrikanten waren, die den noch fordern, jerner die Arbeiter durch alle möglichen Stimmischen Praktiken zu inebeln versuchen, so muß man, wenn man keine schlechten Absichten voraussetzt, sich über die eigentümliche Logik der christlichen Gewerkschaftsführer wundern. Sagte doch selbst der katholische Arbeitersekretär Becker, als alle Einigungsverhandlungen gecheitert waren: „Die Iserlohrner Fabrikanten haben sich jetzt so schofel gezeigt, daß sie, wenn sie den Kampf wollen, ihn auch haben sollen und keine Schonung verdienen!“

Zu der öffentlichen Versammlung der Christlichen hatte man folgende Referenten aufmarschieren lassen: Stegerwald-Röln, Ausnahme von Becker den „Jug verpaßt“ hatten. Becker allein fiel die unrühmliche Aufgabe zu, entgegen den gewerkschaftlichen Grundprinzipien einen Kampf der Gewerkschaftler auf wirtschaftlichem Gebiet herauszubeschreiben. Die Versammlung war von mehr als 2500 Personen besucht. Nach einem kleinen Lechtmechtel saßen sich die „inexkonfessionellen“ Gewerkschaftsvertreterverant, neben dem christlichen Vorstand auch einen Vertreter der freien und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die Kollegen Steinkamp und Rudolf, im Bureau zu dulden. Dieses erwies sich sogar als sehr vorteilhaft, da der Vorsitzende der Christlichen, ein Herr Hammerharre ungebildig der Dinge, die da kommen sollten. Der katholische Arbeitersekretär hielt eine groß angelegte Rede und täuschte die Versammlung sehr. Er protestierte dagegen, daß das Richteramt der übrigen Redner etwa als Freiheit angelegt werden könne. Es sei stets nach einem solch großen Arbeiterkampf, wie er hier stattgefunden hat, woran die verschiedenen Organisationen beteiligt waren, das die Ende nachgetommen. (Ja, die Christlichen entpuppen sich stets als Arbeiterverräter! Der Seherstift.) Von dem Erscheinen der Engelmannschen „Streit“broschüre habe er (Becker) wohl gewußt, überlasse aber die Verantwortung derselben dem Verfasser, Lehrer Engelmann. Sodann versuchte Redner die Behauptung zu entkräften, daß die Christlichen im Laufe der Aussperrung hinter dem Rücken der anderen beteiligten Gewerkschaften mit den Fabrikanten Verhandlungen gepflogen hätten, indem er das Zustandekommen solcher Zusammenkünfte erzählte und meinte, die „Freien“ wären ärgerlich darüber, daß sie diesen Nimbus nicht erzürnen hätten. (Die „Freien“ haben solche Jongleurkunststücken nicht nötig, die kämpfen mit offenem Bisher. Der Seherstift.) Redner polemisierte unter Unruhe über den weiteren Verlauf der Aussperrung und gab nur allgemein bekannte Tatsachen wieder, deren Wiedergabe sich hier erübrigt; er meinte: Jeder hat ein Dingelchen, wo er mit spielt! (Die Christlichen spielen mit der Dingselheit!) Die Rede von den Wahlversammlungen, die Arbeitersekretär Simberg in seinem Siegner Wahlkreis abgehalten haben, fuhr nach Hagen zurückzuführen. Wenn dem nicht so sei, dann sei ihm von Simberg etwas vorgelesen worden. (Eine schöne Deubuktion, aus einem Gespräch vollzogene Tatsachen zu schlussfolgern!) Redner bestritt noch, daß die Christlichen kein Geld zur Auszahlung für die Ausgesperrten gehabt hätten (wogegen seitens der Versammlung protestiert wurde) und legt dagegen Verwahrung ein, daß er mit den Fabrikanten Abmachungen am Biertisch getroffen habe.

In der Diskussion war es interessant, wie der christliche Vorsitzende Hammerharre, der sich auch als angehängter Verfasser des schmutzigen Propagandapanphlets gegen die freien Gewerkschaften entpuppte, sich mit dem christlichen Becker in den Haaren lag, so daß sie sich in ihren Behauptungen vordem widersprachen.

Von den freien Gewerkschaften sprachen die Kollegen Simberg, Spiegel, Steinkamp und Müller. Aus deren Ausführungen ist hervorzuheben, daß den Christlichen nachgewiesen wurde, daß sie ständig mit den Fabrikanten während der Aussperrung unterhandelt haben, ebenfalls am Biertisch! Mit den größten Scharfnachern: Magney, Brotthoff, Niedecker und Schumacher haben die christlichen Apostel, wie festgestellt wurde, Unterhandlungen gehabt, hinter dem Rücken der anderen beteiligten Organisationen. Solche immerwährenden Untümpfungspunkte mußten doch auf die Fabrikanten einen eigentümlichen Eindruck machen. Von den Einigungsverhandlungen Reichels in letzter Stunde seien die Christlichen, entgegen ihren Gepflogenheiten, unterrichtet worden. Punkt für Punkt wurden die christlichen Pamphlete in sachlicher Weise widerlegt. Zu Anfang der Aussperrung habe man sich über die zu zahlenden Unterstützungssätze geeinigt, die Christlichen haben sich aber nicht an die Abmachungen gehalten — man ging lediglich auf Mitgliederfang aus. Bezeichnend für die Christlichen sei auch, daß sie einen Arbeitswilligen, Sebastian Hoffmann, nachträglich in die Arbeiterkommission, die mit den Fabrikanten verhandelte, hineinpflückten. Wenn Arbeitersekretär Becker bestritt, mit totem Kopf dagesessen zu haben, wo es sich um die weitere Beschaffung der Gelder zur Unterstützung der Ausgesperrten handelte, die von den freien Gewerkschaften seitens des Metallarbeiter-Verbandes für weitere vier Wochen zugesichert wurde, und meinte, er bekäme so leicht keinen roten Kopf, so zeuge das von seiner Abgebrühtheit. Die Christlichen markierten in entscheidender Stunde den Laubstummeln. Das Zurückziehen der Christlichen bei der Aussperrung sei auf die finanziell schlechten Verhältnisse derselben zurückzuführen! Das Arbeitersekretär Simberg in der Zeit in Siegen keine Mahreden gehalten habe, sei schon zur Genüge festgestellt; Simberg habe gerade in den Tagen mehr denn je in Diensten der Ausgesperrten gestanden! Simberg frag den Redner der Christlichen, Becker, noch persönlich, wie es mit der damaligen Drehung der Weiddeutschen Volkszeitung sei, die den Nachweis bringen wollte, daß die Aussperrung lediglich als eine sozialdemokratische Wahlmache injeniert wurde? Redner habe Becker seinerzeit in Arbeitersekretariat dießbezüglich gefragt, aber von ihm die Antwort erhalten: „Ich weiß es, ich sage es aber nicht vor Beendigung der Aussperrung.“ Nachdem Becker mit seinen katholischen Apostelgeschichten in seinem Schlusswort auf eine Injaspung des Kollegen Müller noch die Wendener Zusammenkunft mit einem Vorstandsmitglied des Fabrikantenvereins unter Weisen des Reichstagskandidaten des Zentrums, Schiffers-Krefeld, schiderte, woraus ein Unparteiischer entnehmen mußte, daß das ganze eine abgekartete Sache für die bürgerlichen Parteien im Reichstagswahlkampf war, läutete er den Schleier über der verdeckten Drohung Fußangels in der Weiddeutschen Volkszeitung. Alles war geplant, was nun kommen würde. Becker erklärte: Als am 29. März (einen Tag nach den ersten Einigungsverhandlungen) ich mit Simberg sprach, hat er mir gesagt, es wäre ihm lieb, wenn man die Bedingungen annehme, weil am 15. Mai (es ging zu der Zeit die Mitteilung durch die Presse, daß am 15. Mai die Reichstagswahl sei) die Reichstagswahlen stattfänden! — Arbeitersekretär Simberg meinte hierauf lächelnd: „Ist das alles!“ was von Becker bejaht wurde. Simberg bemerkte hierauf, diese Äußerung beständige, daß er nicht — wie ihm immer zum Vorwurf gemacht würde — bestrebt gewesen sei, die Einigungsverhandlungen zum Scheitern zu bringen, sie beständige ferner, daß er befürchtet habe, die Aussperrung, die damals noch nicht erfolgt war, würde seine Partei schädigen, denn er habe jener Äußerung hinzugefügt: Die Aussperrung unterbinde ihm und seiner Partei die Wahltagitation! —

Was, das gerade Gegenteil von dem, was Simberg unterfchoben wird, ist nach eigenem Zugeständnis Tatsache. Nichts, rein gar nichts, ist von den frech-dreisten Behauptungen der Christlichen, „Wahrheits“freunde übrig geblieben!

Die Versammlung nahm gegen 2 Uhr nachts ein für die Veranfallter Klagliche Ende. So jäen die christlichen Gewerkschaftsführer, wie Kollege Spiegel ganz richtig ausführende, Zwietracht in die Reihen der Arbeiter, um aus nichtsagenden Gründen ein Wahlmandover herbeizuführen, zum Gaudium der Fabrikanten, die in neuester Zeit die Arbeiter schuhriegeln, wo sie nur können! Die christlichen Gewerkschaftsführer, die in politischer Beziehung nur ein jugkräftiges Mittel haben wollten, um die Wobwuchexpläne der bürgerlichen Kampagne im Wahlkampf zu verschleiern, können von sich mit Jug und Recht sagen: „Wir mögeln, wo wir mögeln können!“ — Während die christlichen Gewerkschaften an Mitglieder-schwindlucht leiden, werden die freien Gewerkschaften mächtig und stark! Dieses trifft besonders auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu, was durch die Massenaufnahmen in unserem Agitationsbezirk zum Ausdruck kommt. Dem Metallarbeiter-Verband gehört die Zukunft!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Auf Grund wiederholter Zuschriften machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß in Gemäßheit eines Beschlusses der letzten Generalversammlung jedes Mitglied des Verbandes im Monat Juni mindestens fünf Extrabeiträge à 30 Pf. zu entrichten hat. Weitergehende Beschlüsse der einzelnen Verwaltungsstellen werden dadurch nicht aufgehoben.

Befreit von der Erchtigung der Extrabeiträge sind nur kranke und arbeitslose Mitglieder, letztere auch nur dann, wenn sie keine Unterstützung aus Verbandsmitteln beziehen. Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden dringend ersucht, für die Eintreibung der Extrabeiträge zu sorgen. Um gegen säumige Zahler vorgehen zu können, sind genaue Personalien und Adressen derselben dem Vorstand zu melden.

Sodann teilen wir denjenigen Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern, die wöchentliche Extrabeiträge von 5 oder 10 Pf. erheben, mit, daß wir künftighin in der Lage sind, den höheren Wertbetrag gleich auf die Quittungsmarken aufzudrucken. Es würden also bei einem Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche Quittungsmarken mit dem Aufdruck der Zahl „45“ und bei 10 Pf. Extrabeitrag mit dem Aufdruck der Zahl „50“ geliefert werden können. Durch die Benützung dieses Systems der Einziehung von Extrabeiträgen fällt die umständliche Quittierung derselben mittelst besonderer Marken weg. Die Ortsverwaltungen und Einzelmitgliedern werden daher ersucht, bei künftigen Bestellungen von Quittungsmarken hierauf Rücksicht zu nehmen und anzugeben, ob sie Marken zu 40, 45 oder 50 Pf. benötigen. Wo keine besonderen Angaben erfolgen, werden die Quittungsmarken zu 40 Pf. verfaßt.

Bezüglich der Arbeitslosenstatistik machen wir darauf aufmerksam, daß nicht nur die unterstützungsberechtigten, sondern auch die nicht unterstützungsberechtigten Mitglieder in die Listen einzutragen sind, weil nur so ein genaues Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit erlangt werden kann.

Die am Orte arbeitslosen Mitglieder ersuchen wir deshalb, sich stets, auch wenn sie nicht unterstützungsberechtigt sind, bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

Bezüglich der auf der Reise befindlichen arbeitslosen Mitglieder ist die Zahlung erst am letzten Tage des Quartals vorzunehmen, damit Doppelzahlungen vermieden werden.

Von den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern erwarten wir, daß sie an ihrem Orte geeignete Anordnungen zur prompten Durchführung dieser Statistik treffen.

Die Zusendung der zur Berichterstattung an den Vorstand erforderlichen Karten erfolgt mit dem Versand der Protokolle vom letzten Verbandstag.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Iserlohn eine wöchentliche Extrasteuer von 30 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Erfurt: der Former Ferdinand Kallenbach, geb. am 1. Juli 1875 zu Salungen, Buch-Nr. 426 400, wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lechhausen: der Metallschläger Johann Mahl, geb. am 7. Juli 1886 zu Lechhausen, Buch-Nr. 369 600, wegen Streikbruch.
- Ausgeschlossen nach § 3 Abs. 8a beziehungsweise für nicht-wiederzunehmefähig werden erklärt: Auf Beschluß der sechsten ordentlichen Generalversammlung zu Berlin:
 - der Klempner Friedrich Bender, geb. am 7. März 1867 zu Heidelberg, Buch-Nr. 457 860;
 - der Klempner ? Gordis, geb. am 26. November 1859 zu Kruppener, Buch-Nr. 440 054;
 - der Klempner August Dörge, geb. am 8. April 1876 zu Hamburg, Buch-Nr. 109 010;
 - der Klempner Franz Friedrich, geb. am 7. Januar 1854 zu Vibek, Buch-Nr. 496 759;
 - der Klempner Wilhelm Hagen, geb. am 2. Dezember 1848 zu Schwerin, Buch-Nr. 496 998;
 - der Klempner Friedrich Hahn, geb. am 6. April 1868 zu Waren, Buch-Nr. 466 472;
 - der Klempner Wilhelm Heinrich, geb. am 20. April 1862 zu Preßch, Buch-Nr. 171 739;
 - der Klempner G. A. Hering, geb. am 30. Dezember 1875 zu Hamburg, Buch-Nr. 331 521;
 - der Klempner Gustav Romink, geb. am 15. Juli 1860 zu Königsberg, Buch-Nr. 458 378;
 - der Klempner Max Kottler, geb. am 30. Januar 1869 zu Nüchtersleben, Buch-Nr. 147 261;
 - der Klempner Karl Landherr, geb. am 1. August 1867 zu Hamburg, Buch-Nr. 385 560;
 - der Klempner Ferdinand Reuslahn, geb. am 9. Febr. 1882 zu Hamburg, Buch-Nr. 458 213;
 - der Klempner Wilhelm Meyer, geb. am 31. März 1865 zu Bremen, Buch-Nr. 284 742;
 - der Klempner Claus Mumme, geb. am 27. September 1880 zu Hamburg, Buch-Nr. 323 007;
 - der Klempner Adolf Neumann, geb. am 14. Februar 1856 zu Schwerin, Buch-Nr. 385 898;
 - der Klempner Friedrich Orens, geb. am 27. Mai 1873 zu Hamburg, Buch-Nr. 409 290;
 - der Klempner Karl Roggenburg, geb. am 27. Januar 1865 zu Hamburg, Buch-Nr. 386 019;
 - der Klempner Ernst Kößig, geb. am 11. März 1859 zu Hamburg, Buch-Nr. 178 842;
 - der Klempner Georg Seidel, geb. am 26. August 1879 zu Leipzig, Buch-Nr. 457 782;
 - der Klempner Karl Stofel, geb. am 21. März 1851 zu Niederfaulheim, Buch-Nr. 284 775;
 - der Klempner August Strömpe, geb. am 12. Dezember 1880 zu Hamburg, Buch-Nr. 458 109;

* Über die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Organ der Steuben- und Siedendonen, hat die Mitteilung verbreitet, daß die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen unter einer Decke gegen die freien Gewerkschaften pressten. Mit diesem Skandalisierblatt muß Herr Trabert rechnen, wenn er sich gegen die Unterstellung von Schiebungen wender will. etc.

** Das hat zuerst die Arbeitgeberzeitung behauptet, wahrheitswidrig und falsch, weil wir in Nr. 24 nichts über die Beendigung des Ausstandes berichteten. Wir waren jedoch zu jenem Zeitpunkt ohne nähere Nachrichten über den Stand der Dinge. Red.

der Klempner Richard Boff, geb. am 13. April 1878 zu Hamburg, Buch-Nr. 497807;
 der Klempner Otto Wagner, geb. am 21. März 1868 zu Dortmund, Buch-Nr. 340976;
 der Klempner Friedrich Willers, geb. am 9. Dezember 1860 zu Ribnitz, Buch-Nr. 496515; sämtlich wegen unkollegialischem Verhalten.
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Göttingen:
 der Schlosser Otto Hoffmann, geb. am 7. März 1862 zu Mülheim, Buch-Nr. 476863, wegen unkollegialischem Verhalten.
 Wegen sie betreffende Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt:
 Von der Verwaltungsstelle in Hamm dem Schleifer Heinrich Weber, Buch-Nr. 528567, unkollegialisches Verhalten.
 Von der Verwaltungsstelle in Gevelsberg dem Mitglied Fritz Fischer, geboren zu Gevelsberg, Buch-Nr. 498708, Unterschlagung von Sammelbüchergeldern.
 Von der Verwaltungsstelle in Vorchum dem Schlosser Hermann Edelbrud, geb. am 23. August 1873 zu Elberfeld, Buch-Nr. 527486, Unterschlagung von Verbandsgebern.
 Von der Verwaltungsstelle in Bremen dem Kesselschmied Hermann Corleisen, geboren am 24. März 1861 zu Hamburg, Buch-Nr. 338897, unkollegialisches Verhalten.
 Von der Verwaltungsstelle in Pinneberg dem Adolf Petersen, geb. am 22. April zu Lübeck, Buch-Nr. 440878, Unterschlagung von Verbandsgebern.
 Gewarnt wird vor dem Mitglied Johann Köppendorfer, Buch-Nr. 425788, welcher sein Mitgliedsbuch zum Zwecke des Betteilns an Handwerksburschen ausleiht.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
 Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Harenjansstr.); Jean Nieß, Fürtherstr.; Michael Pleißer, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.);
- von Formern und Eisengießerarbeitern nach Altenburg (Otto Köhler & Co.) N.; nach Hirschberg (Heine & Seifert) M.; nach Kiel-Gaarden (Wolpert & Wirtel, Gaardener Eisengießerei) St.;
- von Klempnern und Installateuren nach Hannover (St.);
- von Klempnern nach Wauzen L.; nach Plauen i. V. L.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Köln-Ghrenfeld D.; nach Grimmitzschau (Pippig) M.;
- von Metallschlägern nach Fürth;
- von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.;
- von Schleifern nach Schwelm (Weyer und Kloppe) St.;
- von Zingießern nach Nürnberg.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; N.: Abzugsgelände; Wi.: Wühlgräben; H.: Lohn- oder Arbeitsreduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus den Agitationsbezirken.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Nach erfolgter Verständigung mit den in Frage kommenden Agitationskommissionen beruht der Unterzeichnete für den 6. Agitationsbezirk, bestehend aus der Provinz Schleswig-Holstein, dem Großherzogtum Oldenburg, den Regierungsbezirken Aurich, Lüneburg und Stade der Provinz Hannover, den freien Städten Bremen, Hamburg und Lübeck eine

Bezirkskonferenz

auf Sonntag den 16. August vormittags halb 11 Uhr nach Hamburg in Hilners Gasthaus, „Lejninghale“, Gänsemarkt 35, ein. Tagesordnung: 1. Bericht der Agitationskommissionen. 2. Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters.

Die Besichtigung der Konferenz durch die in Frage kommenden Verwaltungsstellen erfolgt nach den Bestimmungen des § 19 Abs. 2 des neuen Statuts, der folgenden Wortlaut hat: „Zur Entsendung von Vertretern auf die Bezirkskonferenzen ist jede zum Bezirk gehörige Verwaltungsstelle berechtigt. Die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliederzahl bis 500 einen, bis 1000 zwei, jedoch nicht mehr als drei. Die Abstimmung bei wichtigeren Fragen (Anstellung von Bezirksleitern u. s. w.) ist nicht nach der Kopfzahl der Delegierten, sondern nach der Zahl der von denselben vertretenen Mitglieder vorzunehmen. In Orten, wo mehrere Verwaltungsstellen oder Sektionsstellen bestehen, wählen dieselben gemeinsam.“
 Wir erlauben, die Wahl der Delegierten umgehend vorzunehmen und die Anmeldung derselben an

Otto Schuk, Hamburg, Gänsemarkt 35,

zu richten. Die Delegierten selbst wollen sich mit der Adresse nach Hamburg so einrichten, daß sie spätestens am 16. August vormittags 10 Uhr in Hamburg sind. Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung sind so zeitig an den Kollegen Schuk einzureichen, daß sie mindestens zwei Tage vor dem Eintritte der Konferenz in dessen Händen sind.
 Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Nordwestdeutscher Bezirk.

Der Name des Vorsitzenden der Agitationskommission ist nicht Stäger, sondern Stäger.

Korrespondenzen.

Formen.

Bremerhaven. Die Firma Jakob Gerlach in Gesehmannde sucht in ausserordentlichen Mäßen tüchtige Formner. Mancher Kollege ist denn auch schon auf diese Annonce hin hergekommen, um in kurzer Zeit, um eine Erhöhung zu reichen, dem hiesigen Eldorado wieder den Rücken zu kehren. Aus diesem Grunde hat sich die hiesige Ortsverwaltung veranlaßt gesehen, die Verhältnisse, die bei der Firma herrschen, unter ihre Lupe zu nehmen. Das Resultat, das dabei erzielt wurde, wollen wir den Formnern zur Kenntnis bringen, damit sie sich vor Schanden bewahren können, wobei besonders zu bemerken ist, daß denzubeh Formner, die bei Gerlach gearbeitet und aus irgend einem Grunde ausgehört haben, in anderen Betrieben am Orte nicht mehr eingestellt werden sind. Bei Gerlach wird gewöhnlich jeder eingestellt, der vor auswärts kommt. In der Regel gehen die Leute nach einem halben Tag oder auch nach einem oder zwei Tagen von selbst wieder fort. So kommt es, daß in manchen Tagen zehn oder auch zwölf Formner beschäftigt werden, während die folgenden Tage der Betrieb nur zwei Formner aufweist.

In Durchschnitt arbeiten daselbst sechs Formner, ein Kernmacher, zwei Lehrlinge und vier Hilfsarbeiter. Augenblicklich arbeiten indes nur zwei Formner. So wechseln im Vierteljahr zirka 50 Mann. Auch vier Meister wechselten in diesem Zeitraum. Seit zwei Jahren amtiert jetzt der zwölfte Meister. Dieses alles läßt schon darauf schließen, daß die Zustände in diesem Betrieb nicht weniger wie alles zu wünschen übrig lassen. Tatsächlich ist denn auch der Betrieb in einem derartigen Zustand, daß es keinem Formner möglich ist darin auszuhalten. Mit zerbrochenen Formlasten soll ein sauberes Stück Arbeit geliefert werden. Dabei versucht es der Inhaber immer wieder, die durch diese Verhältnisse schlecht ausgefallenen Gußstücke von Lohn in Abzug zu bringen, trotzdem die Arbeiter im Lohn arbeiten. Auch werden die bei der Arbeit zerbrochenen Werkzeuge vom Lohn abgezogen. So mußte ein Formner für einen zerbrochenen Hammer mit 20 Pf. bezahlen. Weiter fehlen auch jegliche Schutzvorrichtungen an den Krampspannen und am Kran selbst, wodurch das größte Unglück passieren kann. Aus all diesem werden die Kollegen ersehen, daß sie in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie sich durch etwaige Versprechungen des Inhabers Jakob Gerlach nicht verleiten lassen, bei ihm in Arbeit zu treten.

Friedland i. M. Die Verhältnisse am hiesigen Orte haben sich durch die Maßnahmen der Unternehmer derart zugefügt, daß wir auf das dringendste vor Zuzug warnen müssen. Seit zwei Jahren sind Abzüge über Abzüge vorgekommen, so daß der Verdienst der Formner des „Friedländer Eisenwerkes“ oft bis auf 10 Mt. und noch weniger pro Woche herabgedrückt ist. Als nun die Kollegen dieses Zustandes satt, in der denkbare höchstlichen, ja betriebe devoten Weise, das Verlangen stellten, 35 Pf. Stundenlohn für gelehrte, 25 Pf. für ungelernete zu zahlen, geriet der Besitzer des Werkes, Bankier Höfel, fast aus dem Häuschen. Er erklärte, wer nicht aus dem Verband austritt, wird entlassen! Wir sehen der Entwicklung in Ruhe entgegen. Aber Zuzug muß ferngehalten werden.

Harz. Der Streit auf den Harzer Werken ist nach achtzehntägiger Dauer siegreich beendet, alle Forderungen sind durchgesetzt. Dieses Resultat hatten die Verhandlungen, die am 12. Juli zwischen den Streikenden und dem Bezirksleiter Hoff-Magdeburg einerseits und einigen Vertretern des Ausschusses der Harzer Werke andererseits stattfanden. Hart war der Widerstand und nicht gerade fein die Kampfmittel, welche die Direktion den Streikenden gegenüber gebrauchte. Schwarze Listen zirkulierten sogar im Waagegewerbe, alte Arbeiter, die ein Menschenalter im Dienste des Werkes gefrondet hatten, wurden aufs Pfahler gemorren mit der Begründung, sie sollten ihre streikenden Söhne mitbringen, dann würden auch sie wieder eingestellt. Aber alle diese und ähnliche Mittel verdingen nicht, die Streikenden blieben fest, und jene, die diese Mittel anwandten, sind gefallen, gefallen in der Achtung der Arbeiter und gefallen von ihren Direktionsstellen. Die beiden Direktoren, die als Schamröthchenes Element auftraten, deren Verhalten sogar der Herr Kreisdirektor so scharf mißbilligte, sind zum Einreichen ihrer Kündigung veranlaßt worden. Alles scharf macht scharf. War es doch kein Kampf um den Profit, handelte es sich für die Werke doch fast gänzlich um Lohn-erhöhungen, und trotzdem dieser hartnäckige Kampf. Für die Arbeiter aber wird der Sieg ein Ansporn sein, die Organisation, durch deren Hilfe er nur gewonnen ward, aufs neue zu pflegen und zu stärken.

Metallarbeiter.

Herslohn. Die Scharfmacher an der Arbeit! Die hiesige Fabrikanten- und Arbeitervereingung hielt vergangene Woche wieder einmal eine Sitzung ab, in der unter anderem die sanftere einheitliche Arbeitsordnung durchgepeitscht wurde. Beschlossen wurde, bei den Nichtorganisierten vierzehntägige Kündigungsfrist eintreten zu lassen und bei den Organisierten einjährige beizubehalten! Dieser Beschluß soll lediglich die gewerkschaftliche Organisation treffen, doch werden die Arbeiter solche sauberen Pläne zu durchkreuzen verstehen, zumal eine Anzahl Fabrikanten entgegen den Bestimmungen für sich vierzehntägige Kündigungsfrist beanspruchten! Grad' wie's trefft! Ferner regte sich der Vorsitzende Kirchhoff über ein Mitglied auf, das in seinem Betriebe die vierzehntägige Kündigungsfrist für alle Arbeiter eingeführt hat; sie (die Fabrikanten) hätten jetzt die Macht in Händen! Sie kämen hier nicht zusammen der schönen Augen willen, sondern die Beschlässe, die gefaßt wurden, müßten auch hochgehalten werden! Wenn in einer Arbeiterversammlung in solchem Tone gesprochen würde, dann müßten die bürgerlichen Wähler nicht genug von dem „sozialdemokratischen Terrorismus“ zu schwafeln, ja, aber, Bauer, ist das etwas anderes. Arbeiternebelung ist Krumpf!

Saner. Herr Kuring, Besitzer einer Schrauben- und Mutterfabrik, versucht, von auswärts, aus Sachsen, Dreher auf Maschinen herzuladen. Hoher Lohn und dauernde Beschäftigung werden versprochen, so daß jeder denken muß, es müsse das eine Musterbude sein. Ist der Arbeiter aber erst hier und hat noch dazu Familie, so kommt es anders. So erging es erst jetzt wieder zwei Kollegen. Nachdem der eine genügend organisiert und es ihm unmöglich war, unter den gedrückten Preisen zu arbeiten, so daß er der Mutterbude den Rücken kehrte, wurde über den anderen hergezogen. Wenn jetzt wir die Herr Kuring, wie die Arbeit in der Konkurrenzfabrik gemacht wird, in der die Kollegen vorher beschäftigt waren. Es wurde dem Kollegen nicht nur gegen die Vereinbarung pro Sach bis zu 2 Mt. abgezogen, er mußte auch dreiviertel Tage müßig gehen, obgleich andere vollaus zu tun hatten, die aber doch noch mit seiner Spezialarbeit beauftragt wurden. Als nun der Kollege Herrn Kuring auf sein Ehrenwort wegen hohem Lohn und dauernder Beschäftigung verwies, erhielt er zur Antwort: „Ach was Ehrenwort!“ Jetzt hat nun der Kollege Herrn Kuring wegen Schabloshaltung beim hiesigen Amtsgericht verklagt und als er beim ersten Termin die Forderung begründet hatte, wurde er mit den Worten entlassen: „Na, wenn Sie so weit gehen, so können Sie auch gehen, wenn Sie Ihren Mond fertig haben.“ In dieser Wertstelle, in der niedrige Löhne bezahlt werden, sind auch Schimpfmeister, die man nicht gern anspricht, an der Tagesordnung. Hat einer seine Knochen hingegen, so wird er entweder hincansgewinnelt oder er kann weiterarbeiten, aber für 10 Pf. pro Stunde, wie es einem geht, der 13 Jahre als Schmied dort gearbeitet hat und jetzt 10 Mt. pro Monat Lohnverdienst erhält. — Beinahe ebenso geht es bei der Firma Lamprecht, nur mit dem Unterschied, daß da öfters Friebe angeboten werden und Schloffer auch schon welche erhalten haben. Sätze von 16, 18 und 20 Pf. pro Stunde für Schloffer und Schmiebe sind nichts seltsames. Die Firma sucht öfters tüchtige Schloffer bei hohem Lohn, hauptsächlich von auswärts, die zwar im Höchstfalle 27 Pf. erhalten, aber schon älter sein müssen. Es sei deshalb ausdrücklich darauf gewarnt, auf diese Vorstänge hereinzufallen, da es in der Werkstatt wie in einem Laubschlag ein- und ausgeht. Darum, Kollegen, jagt dafür, daß so leicht niemand hier in Arbeit tritt und diese zwei Buben getrieben werden. — Dringend notwendig wäre es vor allem, daß die hiesigen Kollegen die Versammlungen fleißiger besuchen würden, um diesen Zuständen bald ein Ende machen zu können.

Martinslamik. Über die 6. Generalversammlung erstattete Kollege Carl Begnis in unserer am 12. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung Bericht. Die einschneidende Änderung in unserer Statistik bildet unzweifelhaft die Erhöhung der Beiträge von 30 auf 40 Pf., gegen die von vielen Kollegen Bedenken erhoben wurden. Kollege Carl wies aber darauf hin, daß die Beitragserhöhung unumgänglich notwendig war und erläuterte, welche eminenten Vorteile die Mitglieder als Gegenleistung von dem Verband haben. Die Erweiterung der Arbeitslosenversicherung als Mittel im wirtschaftlichen Kampfe war dringender nötig und erfordert größere Ausgaben, ebenso die planmäßige Festsetzung der Streit-, Unzugs- und Gemissegeldestenversicherung. Ferner wies er auch dahin getrachtet werden, unsere Position in Bezug auf Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern und zu stärken, was zu Kampfen führt, die wieder Geld kosten. Wohl wird es manchem Kollegen von hier hart aufkommen, die erhöhten Beiträge zu leisten, denn diese haben die schlechte Konkurrenz bis zur Reize auszuhalten müssen und noch ist keine Besserung der nur einzigen am Orte befindlichen Fabrik vorauszusetzen. Erst vergangener Samstag sind 13 Schloffer, meist verheiratete alte

Leute, vorläufig außer Arbeit gesetzt worden. Aber Kopf hoch, Kollegen! So können die Zustände nicht immer fortbestehen, es wird und muß auch wieder eine andere Zeit hereinbrechen, in der der Verband seine Mission voll und ganz erfüllen kann, wenn die Kollegen treu zu ihm halten. Eine Resolution, die sich mit dem Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden erklärte, fand einstimmige Annahme. In den Kollegen liegt es nun, ihr gegebenes Wort in die Tat umzusetzen.

Weshingen. In der Maschinenfabrik von Hermann Lamparter, einem Eldorado für die Arbeiter, ist ein Ton eingeleert, der an die Deibeigenschaft erinnert. Der Herr Werkführer Pfingsttag tritt gegen die Arbeiter auf in einer Weise, die grenzenlos ist. Keulich passierte einem Dreher das Unglück beim Auslegen eines Niemens, daß er in die Überhebung kam, wobei sich die Vorgelegswelle verbog. Da fing der Herr Werkführer an: „Wenn' nur dich hineingekommen hätte, du trauriger Fiedel du, mirhabler!“ u. s. w. Bemerkte er, daß das Vorgelege in einer halben Stunde wieder perfekt war. Der Herr Werkführer, ein ungelerner Arbeiter, trat vor einigen Jahren als Arbeiter ein und hat sich durch Kalfatern und Schwängeln bei seinem kaufmännisch gebildeten Herrn zum Werkführer emporgeschmiff. Die Löhne für gelehrte Arbeiter betragen 20 bis 25 Pf. pro Stunde. Wie verlockend das Arbeiten in der Bude sonst noch ist, beweist folgendes. Der Herr Werkführer schlug einen organisierten Kollegen mit einem Kaliber so auf den Kopf, daß das Blut herunterlief. Wir wünschen, daß diese Zeiten dazu beitragen, die Verhältnisse zu ändern, andernfalls wir genötigt wären, später mehr vorzubringen.

Mülheim am Rhein. In dem Organ des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes (Quisburg) vom 4. Juli dieses Jahres befindet sich ein Artikel, betitelt: „Die Toleranz des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes“, der so recht das Vorgehen und die Kampfweise der christlichen Führer kennzeichnet. Erstens ist der wahre Sachverhalt verdreht und zweitens ist die Parenthese: hört — hört und Psst der Gipfel der Höflichkeit. Wie kommt der Verfasser des Artikels dazu, unsere Vereinigung „sozialdemokratischer Metallarbeiter-Verband“ zu nennen? Weiß der Herr nicht den Namen unseres Verbandes? Das geschieht natürlich mit der Absicht, um Uneingeweihte grübeln zu machen. Wichtig ist nun folgendes: Vor längerer Zeit berief unsere Ortsverwaltung eine Werkstellenbesprechung der Firma Felten & Guilleaume ein, um Mißstände bei der Firma zu besprechen. Christliche und Hirsch-Duncker'sche waren vertreten. Das Ergebnis waren einige Erfolge der Arbeiter und besserer Zusammenhalt derselben. Im Laufe der Zeit wurden öfters Werkstellenbesprechungen einberufen. In einer dieser Besprechungen äußerte ein Christlicher den Wunsch, doch auch einmal in ihrem Lokal bei Brings zusammenzukommen. Dies wurde ausgeführt. Schreiber dieses war in einer dieser Besprechungen am 3. Mai dieses Jahres anwesend. Den Vorsitz führte der christliche Herr. Ich sah an dessen Seite und führte Protokoll. Also von Terrorismus unsererseits kann keine Rede sein. Am 18. Juni wurde dem Agitationskomitee eine Zusammenkunft für den 21. Juni bei Brings zum Zwecke der Agitation gemeldet. Die Christlichen waren anwesend. Der Vorsitzende derselben, Herr Schlad, wünschte den Vorsitz zu führen und machte Ausführungen, wie in dem Artikel angegeben. Ich widersprach und erklärte, daß wir freien Verbändlern zum Zwecke der Agitation in Zukunft selbständig vorgehen würden und empfahl eine Abstimmung darüber, wer diese Zusammenkunft leiten sollte. Ich würde mich jedoch der Majorität fügen und eventuell den Vorsitz den Christlichen überlassen. Für den Christlichen stimmten 18 Anwesende. Wenn nun Herr Schlad mit seiner Gefolgschaft den Saal verließ, so ist das seine Sache. Aber hieraus Kapitel gegen uns zu schlagen, damit stellt er sich ein schlechtes Zeugnis aus. Uns kann nur damit gebiet sein. Wenn der Artikel-schreiber ferner sich rühmt, uns sein Lokal beschafft zu haben, so ist das nicht richtig. Wir folgten seinerzeit nur der Einladung des Herrn Haisenberg. Inzwischen ist unsere Ortsverwaltung nicht müßig gewesen. Wir haben das Lokal an einem Sonnabend zu einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung bekommen, in der unser Bezirksleiter Spiegel referierte. Da diese Versammlung sehr gut besucht war, sah der Herr des Lokals sich veranlaßt, unserem Vorsitzenden daselbe auch fernerhin zur Verfügung zu stellen. Sollte es uns wieder genommen werden, so wissen wir wenigstens, wenn wir dies zu verdanken haben werden. Ferner erlaube ich, daß das Agitationskomitee keine Veranlassung hat, zum Zwecke der Werbung neuer Mitglieder mit den Christlichen und Hirsch-Duncker'schen zusammenzugehen. Wenn bei Differenzen u. s. w. ein Vorgehen notwendig erscheint, so wird unsere Ortsverwaltung sich stets der Majorität fügen. Wenn die Christlichen anderer Meinung sind, ist das ihre Sache, ihren Willensentscheidungen zu folgen. Die Zukunft wird sie richten. Was uns Erfolg verschafft, das ist unser zielbewusstes offenes Vorgehen, wie das Recht der Sache. Das machen Sie sich zu eigen, Herr Schlad, dann können Sie sich Erfolg versprechen. Uns hier in Mülheim nachzukommen ist nicht mehr möglich, denn es diene zur Nachricht, daß im letzten halben Jahre unser Mitgliederbestand sich von 500 auf über 1000 erhöhte. Dies ist mein letztes Wort. Auf weitere Erörterungen in dieser Sache seitens der Christlichen verzichte ich. — Nun Kollegen allerorts: fröhlich aus Werk! Seid bestimmt in euren Ausführungen, nicht wankelmütig, der Erfolg wird dann für uns nicht ausbleiben.
 Das Agitationskomitee Mülheim am Rhein. J. M. S. Sch.

Soran (N. L.). Auf die Berichtigung der Firma Martin & Co. in Nr. 28 dieser Zeitung ist folgendes zu erwidern: Da die Löhne von 15 Pf. pro Stunde vorkommen, ist gar keine Seltenheit und sind wir in der Lage, diese jederzeit nachzuweisen zu können. Zudem, was über den Formnermeister gesagt wurde, haben wir eben falls kein Wort zurückzunehmen. Was die berührten Fundamentplatten anbelangt, so ist es richtig, daß ein Formner, der die letzte derselben gemacht hat, dabei in einer Woche 40,10 Mt. verdienen hat. Das war nur dadurch möglich, daß ihm zwei der älteren Lehrlinge zur Hilfe gegeben wurden. Wie die Ausdrücke „selbstverschuldete Ansaufung“ und „arge Vernachlässigung“ zu betrachten sind, wird jeder Fachmann beurteilen können. Den alten Leuten, die, nebenbei bemerkt, nicht entlassen wurden, sondern selbst ausgehört haben, wäre es jedenfalls auch lieber gewesen, wenn sie 40 Mt. pro Woche anstatt kaum die Hälfte, verdient hätten. Daß die Löhne in der Formnerzeit nach Ausbruch der Differenzen etwas besser geworden sind, soll gerne zugegeben werden und wollen wir nur wünschen, daß das so bleiben möge.

Schläger.

Dresden. Am 3. Juli fand eine Gold- und Metallschlägerversammlung statt. Über: Der Streit der Feingoldschläger bei der Firma Ferdinand Müller, Große Brüdergasse, Fabrik Hohentalplatz referierte der Bevollmächtigte Hoffmann. In sachlicher Weise führte er das Verhalten der Firma gegen die Arbeiter seit dem Beitritt der Larigemeinschaft vor Augen. Von allem Anfang an ist die Firma bestrebt gewesen, den Tarif zu umgehen. Wir haben es versucht, auf prozeualen Wege was Anerkennung des Tarifs zu erwirken. Das Dresdener Landgericht erkannte aber, daß wir ein kluges Recht gegen die Firma nicht haben. Bei einem Nachtragsurteil zu unserem Tarif für die Maschinenarbeiter beantragten wir bei der Genossenschaft der Herren Prinzipale eine Kommissionssetzung. Die Genossenschaft antwortete aber, das ginge sie nichts an. Die Kollegen sahen, daß sie von keiner Seite auf Unterstützung hoffen konnten und nur auf sich angewiesen waren. Durch die Unterstützung von allen Seiten war natürlich der Firma Ferd. Müller der Kauf ganz gewaltig geschwollen. Auf alle mögliche Art und Weise unternahm man die kleinlichsten Mittel, um die Arbeiter schikanieren zu lassen. Die Firma versuchte einige Gehilfen zu bewegen, aus dem Verband auszutreten. Goldschlägerarbeiten ließ sie von ungelerten Arbeit verrichten, was sich durchaus nicht mit dem § 13 unseres Tarifs vereinbaren läßt. In Bezug auf Arbeitszeit wollte sich die Firma auch nicht nach dem Tarif halten. Es legten nun sämtliche Gehilfen und Lehrlinge nieder. Darauf wurde der bekannte Arbeitsmüllige Fischer aus Nürnberg wieder eingeleitet. Kollege Hoffmann brachte dann ein Schreiben der Genossenschaft zur Verteilung, in dem sie mitteilt, daß die Firma Müller den 20

nicht umgangen habe. Ferner erklärt sie, daß sich die Firma Ferd. Müller außerhalb der Tarifgemeinschaft betrachte. Leute brauchen sie nicht mehr, da es sowieso nur noch eine Frage der Zeit gewesen wäre, Leute zu entlassen, da die Maschinen immer mehr verbessert würden. Im übrigen hält die Genossenschaft die Firma für ein „braves“ Mitglied. Dies sind die Vorgänge, die sich bis zum heutigen Tage abgespielt haben, so schloß Kollege Hoffmann seine Ausführungen; er forderte die Versammlung auf, nur fest zusammenzuhalten und der Sieg werde unfer sein. Nach kurzer Debatte lief folgende Resolution ein, die auch einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung hat von dem Schreiben der Feingoldschläger-Genossenschaft Kenntnis genommen. Die Versammlung ist der Ansicht, wenn die Firma glaubt, ohne Tarifgemeinschaft und ohne tariffreie Arbeiter und Arbeiterinnen auszukommen, so ist dies ihre Sache. Wenn aber die Firma behauptet, sie habe gegen die Tarifgemeinschaft nichts unternommen und dieselbe eingehalten, so erklärt die Versammlung dies als eine große Missetat. Die Versammlung ist vielmehr der Meinung, daß die Firma von Beginn der Tarifgemeinschaft an alles versucht hat, den Tarif zu umgehen. Die Versammlung verurteilt es auch auf das entschiedenste, daß die Genossenschaft nicht den geringsten Versuch gemacht hat, die Firma zur Einhaltung der Tarifgemeinschaft zu veranlassen. Die Versammlung verpflichtet mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Firma von uns weder Gehilfen noch Arbeiterinnen erhält.“ Es wurde noch das Verhalten der Firma bei der allgemeinen Metallschlägerausperrung scharf geurteilt. Über: Wie stellen sich die hiesigen Feingoldschläger zur Abreise nach Nürnberg? hielt Kollege Hoffmann das einleitende Referat. Der Streik sei ein außergewöhnlicher, und es müßten daher auch außergewöhnliche Mittel angewendet werden. Es wäre das erste Mal, daß wir in Dresden zu diesem Mittel greifen. Nachdem aber die Firma erklärt habe, sie brauche keine Leute, weil ihre Maschinen immer besser würden, haben die Prinzipale beliebt, öffentlich zu erklären, daß sie keinen Gehilfen und keine Beschneidern von der Firma Ferd. Müller einstellen. Diese sollen also ausgehungert werden. Hier haben die Gehilfen unbedingt die Pflicht, Stellung dagegen zu nehmen. Die Nürnberger Meister beschwerten sich auch schon über Preisunterbietungen von Dresden und hat Kollege Hoffmann Originalkorrespondenzen in den Händen, in welchen sie Gold zu billigeren Preisen anbietet. Soll das weiter um sich greifen, so hätten der Deutsche Metallarbeiter-Verband und die Nürnberger Gehilfen und Prinzipale alle die ungeheuren Opfer umsonst gebracht. Die Nürnberger Gehilfen und Prinzipale haben daher gemeinschaftlich beschlossen, Dresdener Gehilfen, soweit wie hinkommen, einzustellen, um den Markt nach und nach dorthin zu ziehen. Sollte den Nürnbergern es nicht gelingen, den Preisunterbietungen von Dresden Herr zu werden, so wollten sie die Tarifgemeinschaft sprengen und eine Schleuderkonkurrenz beginnen, das alle Dresdener Meister kaputt würden. Es würde dann eine Zeit kommen für Dresden wie nach Sprengung der deutschen Reichskonvention im Jahre 1900. Alle die, denen es die Verhältnisse gestatten, sollten abreisen. Es wird begehrt das volle Reisegeld und noch extra Reiservergütungen. Auch soll das sich nicht nur auf ledige Kollegen beziehen, denn auch verheiratete Kollegen bekommen Reisegeld für die Familie. Mit der Aufforderung, sich recht zahlreich zur Arbeit zu melden, schließt Kollege Hoffmann seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Es meldeten sich auch sofort zehn Kollegen zur Abreise. Es wird noch bekannt gegeben, daß die Tarifgemeinschaft der Metallschläger wahrscheinlich in den nächsten Tagen von beiden Seiten unterschrieben wird. Damit hätte dann die 13wöchentliche Aussperrung der Metallschläger ihr Ende erreicht. Beschlossen wird noch, daß die Firma Ferd. Müller keine Metallschlägergehilfen bekommt. Die Firma wird in die Tarifgemeinschaft nicht aufgenommen. Ferner wurde noch ein Antrag angenommen, daß Sammelkassen herausgegeben werden zu einer Unterstützung für die noch Ausstehenden.

Schmiede.

Mannheim. Die Feuerschmiede der Langschen Fabrik auf dem Lindenhof haben am 17. Juli die Arbeit eingestellt; im ganzen 110 Mann, nur drei schwächliche, kränkliche Leute sind itzengelieben. Die Ursache bilden die fortwährenden Lohnreduktionen. Zur Stellungnahme hiergegen hatten die Schmiede in einer Versammlung eine Kommission gewählt, die wegen der Forderungen der Schmiede mit der Direktion persönlich Rücksprache nehmen sollte. Meister Uhland wurde hier von in Kenntnis gesetzt mit dem Auftrag, der Direktion das Anliegen der Schmiede mit der Maßgabe zu übermitteln, daß, wenn eine Erklärung über die Bereitwilligkeit zum Empfang der Kommission bis 10 Uhr nicht erfolge, die Schmiede die Arbeit einstellen. Eine Antwort erfolgte nicht, und so legten alle Schmiede, bis auf drei Mann, die Arbeit nieder. In der am 17. Juli im Stefanienhöfchen abgehaltenen Versammlung wurde ausgeführt, die Langschen Arbeiter hatten sich in ihrer Hoffnung, daß mit dem so erfolgreich beendigten Kampf gegen die Einführung der Kontrolluhren bessere Zeiten für sie andrehen würden, gründlich getäuscht. Alle Versprechungen seien nicht nur nicht gehalten worden, sondern sogar ins gerade Gegenteil umgeschlagen. Fortwährend gibt es nichts als Lohnabzüge. Die Herren Ingenieure führen völlig unrentable mangelhafte Maschinen ein, die stets große Nacharbeit erfordern. Die Lohnsätze für diese Arbeiten werden immer mehr heruntergedrückt und zwar anscheinend nur aus dem Grunde, um Herrn Lang die Zweckmäßigkeit der von den Ingenieuren angeschafften Maschinen vor Augen zu führen. Wenn man irgendwie den Schmieden einen Vorwurf machen könne, so sei es der, daß sie seither gegenüber den Annäherungen der Ingenieure und Meister zu nachgiebig gewesen. Die Lohnabzüge seien in letzter Zeit geradezu horrend. Ein Feuerschmied erhielt zum Beispiel für 120 Stunden 36,30 Mk., ein anderer für 110 Stunden 40,40 Mk., ein anderer für 120 Stunden 42,82 Mk. Auf den Tag entfallen also ungefähr 3 Mk. Die erste Forderung müsse sein die Festsetzung eines Minimumsatzes, unter den die Löhne nicht mehr herunterinken dürfen. Von den Schmieden in der Schweingervorstadt wurde einmütig der Beschluß gefaßt, daß sie sich mit ihren Kollegen des Stablissemments auf dem Lindenhof solidarisch erklären. Unter keinen Umständen sollen in der Fabrik der Schweingervorstadt Arbeiter ausgeführt werden, die auf dem Lindenhof herzustellen sind. Erfolgt in acht Tagen seitens der Direktion nicht die Willigung der Forderungen der Schmiede auf dem Lindenhof, so treten auch die Schmiede des Stablissemments in der Schweingervorstadt in den Ausstand. — Von den Streikenden gehören 15 Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, die übrigen dem Zentralverein der Schmiede an.

Zinngießer.

Nürnberg. Von den hiesigen Zinngießern und Fabrikanten wird versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen, indem behauptet wird, die streikenden beziehungsweise ausgesperrten Gehilfen hätten sehr hohe Löhne verdient. In Wirklichkeit waren es nur fünf bis sechs Affordarbeiter, die in der besten Geschäftszeit, bei angestrengter Arbeit einen höheren Verdienst erzielten. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß in jedem Beruf wenige tüchtige Arbeiter einen höheren Verdienst haben. Es ist deshalb vollständig falsch, wenn man nur diese Löhne in Betracht zieht und die schlechten Löhne verschweigt. Deshalb wir einen Tarif wollen und was wir durch den Tarif bezwecken wollen, haben wir bereits wiederholt festgestellt. Daß man uns im Herbst mit einer Lohnreduktion auf den Leib rücken wollte, versucht man jetzt abzuleugnen. Als Beweis hierfür spricht jedoch folgendes: Der Zinngießmeister, Herr G. Grieb, äußerte wiederholt, daß 21 bis 23 Mk. die Woche für einen Arbeiter genug seien, denn man lebe jetzt auch nicht teurer als vor 20 Jahren. Er entließ auch im Februar dieses Jahres zwei Gehilfen mit dem Bemerkten, wenn sie die Stunde um 5 Pfg. billiger arbeiten, so könnten sie wieder bei ihm anfangen. Darunter war ein Familienvater mit drei Kindern, der 23 Mk. Lohn hatte. Einen bei ihm wohnenden Gehilfen kündigte dieser Herr die Wohnung mit dem Bemerkten, daß es kommenden Herbst mit den Gehilfen einen Kampf gibt, daß er da nicht gern im Hause haben wolle. Wenn Herr Grieb jetzt versucht, dieses abzuleugnen, so ist das ein vergebliches Bemühen. Charakteristisch ist auch, daß dieser Herr für einen bei ihm vor dem Streik beschäftigten Gehilfen 3 Mk. Lohn mehr angibt, als er in

Wirklichkeit hatte. Daß es den Herren nicht um den Tarif, sondern um die Behinderung der Organisation zu tun ist, beweist das Nachfolgende. Als vor zwei Jahren die Münchener Gehilfen ihren Tarif eintrachten, erklärte die Firma Felsenstein & Manger, das Vorgehen der Münchener Gehilfen sei vernünftig, durch die einheitliche Bezahlung der Löhne sei der Schmuckkonkurrenz ein Damm zu setzen. Jetzt aber, wo man selbst beteiligt ist, lehnt man einen Tarif ab, womit man beweist, daß man es gerne sieht, wenn andere an bestimmte Preise gebunden werden, selbst aber will man unbeschränkt schleudern. Ist es nicht so, dann müssen eben für die Hartnäckigkeit der Meister andere Gründe gesucht werden, und kein anderer Grund könnte gefunden werden, als die Organisation zu zerstören. Das aber wird den Herren nicht gelingen. — Als Arbeitswillige sind noch tätig folgende Kleinmeister: Wiedemann aus Koburg, Ludwig Krauser aus Fürth (beide haben ihre Geschäfte aufgegeben oder besser gesagt aufgeben müssen) und Gerstlacker aus Amberg. Letzterer hat noch sein Geschäft in Amberg.

Rundschau.

Ein Unternehmerstückchen.

Darüber berichtet die Sächsische Arbeiterzeitung folgendes: Mit einer höchst zweifelhaften Arbeitsordnung, die jetzt Gegenstand einer mehrstündigen Verhandlung vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht war, sollen die Arbeiter der sächsischen Maschinen- und Metallwarenfabriken, wenn nicht gar die des ganzen Reiches beglückt werden. Im Januar dieses Jahres stellte die Maschinenfabrik Kappel für ihren Betrieb eine abgeänderte Arbeitsordnung auf, die jedoch vom Stadtrat zu Chemnitz beanstandet wurde. Eine noch bessere Fektion wurde der Leitung der Fabrik, an dessen Spitze der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Maschinen- und Metallfabrikanten, Direktor Schierstein, steht, von der Kreishauptmannschaft Chemnitz zu teil, die die Klage der Fabrik abwies mit der Bemerkung, daß betriebsmäßige Vorschriften in eine Arbeitsordnung überhaupt nicht hineinpaffen. Lassen wir nun den Wortlaut der beanstandeten Bestimmungen jener Arbeiterordnung folgen: 1. Die Vorgesetzten haben ein Verschulden der von ihnen mit der Ausführung und Leitung von Arbeiten beauftragten Personen nicht zu vertreten. 2. Jeder Nachteil oder Schaden, welcher der Fabrik durch die Arbeiter zugefügt wird, ist von diesen zu ersetzen, außerdem wird für fehlerhafte, unbrauchbare Arbeit kein Lohn gezahlt. 3. Der rückständige Lohn (damit ist bei Affordarbeit der Verdienst vom Verrechnungstag bis zum Lohntag gemeint) gilt als Kautions, aus welcher die Fabrik ihr zustehende, gerichtlich festzustellende Erlösanspruch zu decken berechtigt ist. Der Stadtrat zu Chemnitz sowohl, als auch die Kreishauptmannschaft, waren der Überzeugung, daß diese Arbeitsordnung mit den Bestimmungen der §§ 278, 394, 614 und 693 des Bürgerlichen Gesetzbuches und der §§ 115, 117 und 134 ff. der Reichsgewerbeordnung in Widerspruch ständen.

Gegen die Entscheidung der Kreishauptmannschaft erhob die Fabrik Kappel die Anfechtungsklage, zu deren Begründung ihr Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Justizrat Stern-Chemnitz, unter anderem folgendes ausführte: Die Auffassung der Kreishauptmannschaft, wonach die fraglichen Vorschriften in eine Arbeitsordnung überhaupt nicht hineingehören, sei unverständlich. Der Prozeß werde deshalb durchgeführt, weil man sich für jene Bestimmungen (die beanstandeten) allgemein interessiert (!) und die Angelegenheit auch schon wiederholt im Verband der Maschinenfabrikanten zur Sprache gekommen sei. Wenn man als soziale Aufgabe des Staates immer den Schutz des wirtschaftlich Schwächeren betone, so dürfe man doch andererseits, zumal in der gegenwärtigen Zeit, auch nicht vergessen, daß **Zucht und Ordnung** in der Fabrik aufrecht erhalten werden müssen. Im übrigen hätten die Arbeiter auch schon längst aufgehört, die wirtschaftlich Schwächeren zu sein. (!) Der Vertreter der klägerischen Fabrik suchte dann noch in längeren Ausführungen zu beweisen, daß die Bestimmungen der Arbeitsordnung mit denen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Gewerbeordnung nicht kollidieren und kam zu dem Schlusse, daß sie genehmigt werden könnten und müßten, weil sie durch die Festung des Gesetzes selbst gegeben seien. Direktor Schierstein ergriff dann selbst noch das Wort, um offenbar den ungünstigen Eindruck, den das Vorgehen des Klägers und seiner Verbündeten auf jeden Unbefangenen und wohl auch auf das Gericht machen müßte, zu verweihen, indem er bemerkte, durch die Einführung der abgeänderten Arbeitsordnung, die voraussichtlich Gemeingut aller Fabriken der Maschinenbranche werden würde, solle gerade verhindert werden, daß einzelne rückständige Fabrikanten für ihre Betriebe einseitig scharfe Arbeitsordnungen aufstellten. Der Verband wolle eine einheitliche Arbeitsordnung. Wie gesagt, interessierte der Ausgang des Prozesses nicht bloß die Chemnitzer, sondern auch die Leipziger und Dresdener Fabriken, die nach einer für den Kläger günstigen Entscheidung sofort dieselbe Arbeitsordnung, über die verschiedene juristische Gutachten eingeholt worden seien, einführen würden. Man habe durchaus nicht die Absicht, die Arbeiter zu schikanieren, im Gegenteil, man wolle den Verkehr mit den Arbeitern erleichtern, was um so eher erreicht würde, je klarer und entschiedener die Arbeitsbedingungen sind. Ein größerer Spielraum der Meinungsverschiedenheiten über die Bestimmungen einer Arbeitsordnung gereiche nur dem Arbeiter zum Schaden, weil bei etwaigen Differenzen leicht Prozesse entständen und der Arbeiter, wenn er verliere, auch noch die Kosten bezahlen müsse. (Diese Fürsorge für die Arbeiter ist ja rührend!) Werde die abgeänderte Arbeitsordnung, die in Wirklichkeit gar nicht so hart sei als sie sich anhört (!), nicht genehmigt, dann würde man bei eintretendem Streitfall den Arbeiter einfach sofort entlassen, während man sonst, wenn sich die Leute friedlich zeigen, der Fabrik zugefügte Schäden ratenweise vom Lohne abziehen würde. Das Erhalten der Arbeiter würde also durch die neue Arbeitsordnung nur gefördert. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes lautete: Die Entscheidung der Kreishauptmannschaft wird, insofern sie den Satz „außerdem wird für fehlerhafte, unbrauchbare Arbeit kein Lohn bezahlt“ beanstandet, aufgehoben, im übrigen aber die Anfechtungsklage zurückgewiesen und der Kläger zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Eine Urteilsbegründung erfolgte leider nicht, sie soll den Parteien schriftlich zugestellt werden. Man darf gespannt sein, ob die Herren Unternehmer nunmehr die Arbeitsordnung, obgleich nur ein kleiner Teil ihrer Wünsche in Erfüllung gegangen ist, in Kraft treten lassen werden. In Druck soll sie, wie Herr Schierstein bemerkte, ja schon gegeben worden sein.

Ein Rechtsstreit wegen verbotener Infalluntersuchung hat durch Entschluß des Reichsversicherungsamtes seine Erledigung zu gunsten des Verletzten gefunden. Die sächsisch-thüringische Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zu Leipzig forderte den Tischler H. zu Gotha, der wegen Unfall eine 50prozentige Rente bezog, auf, sich im städtischen Krankenhaus zu Zeit am 9. August 1902 untersuchen zu lassen. Als Rente- und Bezahlgeld erhielt H. 10 Mk. Als H. im Zeiter Krankenhaus sich einfindet, war der Oberarzt verweilt und der Untersucher außer Hande, alle Anwesenden zu untersuchen. Er unterzichte den H. auch dann nicht rechtzeitig, als dieser auf Frage erklärte, um 3 Uhr 40 mittags zurückfahren zu müssen, da er sonst nur Fahrgelegenheit mit höherer Wagenklasse habe; vielmehr rief er dem H. ruhig zurückzufahren, da es nicht seine Schuld sei, nicht untersucht worden zu sein und er später nochmals zur Untersuchung vorgehen würde. Da H. nun ohne Untersuchung nach Hause fuhr, entzog ihm die Berufsgenossenschaft die Rente vom 1. September 1902 ab mit der Begründung, er habe das Krankenhaus eigenmächtig verlassen. Das Schiedsgericht verwarf die Berufung, indem es annahm, daß H. aus den Anweisungen des Arztes eine Genehmigung zu seiner Rückkehr nicht entnehmen durfte und daß er einen stichhaltigen Grund, gerade den 3 Uhr 40-Zug zu benutzen, nicht vorgebracht habe. Er hätte dableiben und mit einem späteren Zuge höherer Wagenklasse fahren, eventuell im Krankenhaus übernachten sollen und sich den Mehrbetrag des Reisegeldes im

Krankenhaus geben lassen können. H. habe dieses aber nicht für nötig gehalten, da es offenbar gar nicht in seiner Absicht gelegen habe, in Zeit zu übernachten. Danach sei anzunehmen, daß H. die Absicht hatte, der Untersuchung sich nicht zu unterziehen, weshalb das Schiedsgericht der Genossenschaft das Recht der Rentenentziehung anerkannte. Das Reichsversicherungsamt hob den Entschluß des Schiedsgerichtes auf und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Weiterzahlung der 50 Prozent Rente. Der Annahme, daß H. durch sein Verhalten die Untersuchung unmöglich gemacht habe, konnte das Reichsversicherungsamt nicht beitreten. Es erkannte vielmehr an, daß H. mit dem festen Willen, sich untersuchen zu lassen, sich im Zeiter Krankenhaus einfindet. Durch diese Tatsache sei der Annahme, daß H. der Anordnung der Berufsgenossenschaft vorsätzlich keine Folge geleistet habe, der Boden entzogen und damit der Befugnis, aus dem Verhalten des Verletzten zu dessen Ungunsten Schlüsse bezüglich einer Besserung seines Zustandes zu ziehen, kein Raum gelassen. Die Frage, ob H. der Vorwurf der Fahrlässigkeit zu machen sei und ob die Rückzahlung des Reisegeldes beanprucht werden dürfe, könne dahingestellt bleiben. Da auch sonst kein hinreichender Anhalt dafür, daß eine wesentliche Veränderung, die für die Entschädigungsfestsetzung maßgebend sei, erbracht wurde, so mußte die Rentenentziehung als ungerechtfertigt erkannt und die Berufsgenossenschaft zur Weitergewährung der 50 Prozent Rente über den 31. August 1902 hinaus verurteilt werden.

Freigeiprochener Streikposten.

In einer Fischerei in der Kasernenstraße zu Berlin streikten im Oktober 1902 die Fischer. Einer der Streikenden, Fischer Dannewerg, ging in früher Morgenstunden vor dem fraglichen Grundstück auf und ab, um zu sehen, ob sich Arbeitswillige finden würden. Ein Schuhmann forderte ihn auf, sich zu entfernen. Dannewerg ging in ein nahe gelegenes Zigarrengeschäft und dann nach einiger Zeit wieder an dem Schuhmann vorbei, diesmal auf dem Straßendamm hart an der Bordkurve. Nunmehr stürzte ihn der Schuhmann und Dannewerg erhielt eine Anklage wegen Vergehens gegen § 132 der Berliner Straßenpolizeiverordnung, wonach jeder den zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlicher Straße ergehenden Aufforderungen der Polizeibeamten Folge zu leisten hat. Schöffengericht und Landgericht sprachen jedoch den Angeklagten frei. Das Landgericht führte aus: An sich habe Angeklagter das Recht gehabt, wie jeder andere Passant sich auf der Straße zu bewegen. Die Anordnung, sich zu entfernen, habe nur dann ergehen dürfen, wenn die Sicherheit und Bequemlichkeit der Fußgänger wirklich gefährdet gewesen wäre. Das sei aber hier nicht der Fall gewesen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, für die Anwendung der angezogenen Bestimmung der Straßenpolizeiverordnung sei es unerheblich, ob die tatsächlichen Voraussetzungen für die Anordnung des Polizeibeamten objektiv gegeben seien; es komme nur darauf an, daß im konkreten Falle die Anordnung den Zweck verfolge, Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erhalten. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich dem an und meinte, es sei nicht Aufgabe des Richters, zu prüfen, ob die Aufforderung des Schuhmannes zweckmäßig und erforderlich war. Rechtsanwalt Dr. Heine mann als Vertreter des Angeklagten trat den entgegen und betonte, daß der Richter nachprüfen dürfe, ob die Voraussetzungen des § 132 der Straßenpolizeiverordnung vorlägen. Die subjektive Auffassung des Schuhmannes allein dürfe nicht maßgebend sein. Die Feststellungen des Landgerichts rechtfertigten die Freisprechung. Der Straßenrat des Kammergerichts, unter dem Vorsitz des Herrn Lindenberg, verwarf am 9. Juli die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender wichtiger Begründung: Zweifelslos habe ein Passant, der zum Weitergehen, zum Weitergehen aufgefordert werde, nicht ein Recht, erst selber die Rechtmäßigkeit der Anordnung des Polizeibeamten nachzufragen. Ebenso richtig aber sei es, daß der Richter ein Recht habe, nachzufragen, ob die Voraussetzungen für die Aufforderung des Beamten auch wirklich vorlägen. Und komme der Richter zu der Auffassung, daß der Schuhmann mit seiner Aufforderung den angegebenen Zweck, die Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs zu sichern, objektiv nicht verfolgen konnte, dann könne man sagen, es liege eine Übertretung der Polizeiverordnung nicht vor. Das sei hier der Fall; die Revision sei darum zu verwerfen.

Preisaus schreiben für Spiritusglühlichtlampen.

Der Gesamtschub der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat in seiner Sitzung vom 22. Juni auf Antrag des Sonderausschusses für technische Spiritusverwertung beschlossen, für die im Juni 1904 in Danzig stattfindende Wanderausstellung ein Preis aus schreiben für die Hauptprüfung von Spirituslampen aller Art zu veranstalten, bei welcher drei Klassen von Lampen geprüft werden sollen:

1. Lampen für Beleuchtung von Wohn- und Geschäftsräumen, sowie Mannschaftszimmern in den Kasernen.
2. Lampen für Wirtschaftszwecke aller Art, also namentlich zur Verwendung in Küchen, Treppenhäusern, Fluren, Stallungen, Werkstätten, Mollereien, Brennereien, Stärkefabriken u. s. w.
3. Lampen für Beleuchtung im Freien, großen Fabrikräumen, Turnplätzen, Reitbahnen u. s. w.

Im ganzen sind für die Preisverteilung 21000 Mk. bereit gestellt. An der Stiftung der Preise sind die Zentrale für Spiritusverwertung, die preussischen Landwirtschaftslanternen, namentlich diejenigen für Schlesien, und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft beteiligt. Die näheren Bedingungen des Preisaus schreibens sind durch die Hauptstelle der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin SW., Dessauerstraße 14, zu beziehen.

Vom Ausland.

Schweden.

Am 6. Juli sind, wie schon gemeldet, die Werkstätten geschlossen worden, zirka 20000 Arbeiter liegen auf der Straße, Gewalt und Brutalität triumphiert, Recht und Anstandsrecht werden mit Füßen getreten. Verträge durchbrochen, auf den Verrat werden hohe Prämien gesetzt, tausende Familien werden dem Elend ausgeliefert; Bernhardt, der Ulgewaltige der schwedischen Eisen- und Metallindustrie, will es so, und es geschieht. Seinen schmutzigen Nebenstreichen nach der vorjährigen großen Massen demonstration der schwedischen Arbeiterschaft hat er jetzt die Krone aufgesetzt. Was ihm allein damals nicht gelang, gedenkt er jetzt mit Hilfe der blindlings ins Garn gegangenen, in der Werkstättenvereinigung seit verganginem Jahre organisierten Arbeiterschaft der mechanischen Großindustrie, zu erreichen. Die Organisationen der Arbeiter sollen vernichtet, die Arbeiter selbst zu willen- und erlosenen Knechten herabgewürdigt werden, und der könig Kapital alias Bernhardt wird die Diktatur des großkapitalistischen Despotismus in der schwedischen Industrie etablieren. Und er versteht seine Zeit zu wählen. Die systematisch betriebene Scharfmacherei hat auch in anderen Gewerbebezügen Wurzel geschlagen, seit Monaten tobt ein wilder, brutaler Kampf im Transportgewerbe, wo das Unternehmertum in Stockholm und Geste den Hafenarbeitern ihre ohnehin traurigen Existenzbedingungen verunmöglichen will, die Handlöhner der Schweden sind seit einiger Zeit ebenfalls ausgesperrt, dergleichen die Maler in Stockholm, in der Schuhwarenindustrie ist man nur durch ein beispielloses Nachgeben der Arbeiter anfangs Juli einer ebenso brutalen allgemeinen Aussperrung aus dem Wege gegangen. Und dabei wirkt die wirtschaftliche Krise ihre verheerenden Wirkungen in das Land. Das ist gerade eine Zeit, die Bernhardt zu seinem verbrecherischen Treiben zu verwenden weiß und der er bedarf, um zu seinem Ziele zu gelangen.

Also, am 6. Juli wurde die angeordnete Aussperrung zur Tatsache. In einigen Betrieben wurde den Arbeitern ein Revue vor- gelegt, wonach sie sich zu verpflichten hätten (und zwar auf Ehre und Gewissen) keinem Arbeiterverein anzugehören. Der

